Die gerechte Sache der arabischen Völker ist unbezwingbar

Seite 7

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 49 vom 9. Dezember 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Bonn gibt grünes Licht für neue Atomkraftwerke

Kampf dem Bonner Atomprogramm!

Ein paar Wochen ist es erst her, da schwenkte der DGB-Apparat ein auf den Kurs der offenen Befürwortung des Bonner Atomprogramms, da gaben die Parteitage von FDP und SPD grünes Licht für dieses menschenfeindliche Programm. Wir haben noch sehr gut all die Wenns und Abers im Ohr, mit denen die Herren ihre Zustimmung verbanden. Da hieß es, die Kohle müßte Vorrang haben, die Sicherheitsfragen, vor allem bei der Entsorgung des Atommülls, müßten geklärt sein usw. usf. Jetzt hat Bonn die Stellungnahme einer sogenannten „Strahlenschutzkommission" hervorgezaubert, gerade rechtzeitig zwei Wochen vor der zweiten Fortschreibung des Atomprogramms.

In dieser Stellungnahme gibt es kein Wenn und kein Aber mehr. Es gibt nur noch das uneingeschränkte und bedingungslose Ja zum Atomprogramm. Und sofort erklärte die Bundesregierung: „Die sicherheitstechnischen Bedingungen für den Bau neuer Kernkraftwerke sind erfüllt." Aber haben sich denn all die tödlichen Gefahren für Millionen plötzlich in nichts aufgelöst? Die Bundesregierung und ihr Kommissionsbericht setzen den berechtigten Sorgen der Werktätigen nichts weiter entgegen als eine bloße Behauptung. Nämlich, daß „die Verfahren zur Behandlung der Zwischenlagerung und Endlagerung radioaktiver Abfälle so weit entwickelt sind, daß an der Möglichkeit ihrer Vervollkommnung zur termingerechten großtechnischen Anwendungsreife kein Zweifel besteht".

Man muß sich das genau ansehen. Diese Leute wagen es gar nicht, zu sagen, daß die Probleme mit dem Atommüll gelöst sind, sie sprechen nur von der Möglichkeit. Genau dasselbe mit dem Standort. Sie haben Gorleben für „geeignet" erklärt als Ort für die Wiederaufbereitung der verbrauchten Brennstäbe, als Ort für die Endlagerung des Atommülls. Aber bekanntlich sind noch nicht einmal wirkliche Untersuchungen vor Ort durchgeführt worden. Wie kann man da von einer Eignung sprechen?

Das von Bonn vorgelegte Machwerk entlarvt sich selbst, wenn es an einer Stelle über die Endlagerung von Atommüll in Gorleben heißt: „Die nötigen Kenntnisse und technischen Mittel hierfür sind rechtzeitig verfügbar." Was heißt das denn anderes, als daß diese Kenntnisse jetzt eben nicht vorhanden sind, daß die Herren nichts weiter zu sagen wissen als: Uns wird schon noch rechtzeitig etwas einfallen. Und die Bedenken, das Wenn und Aber der DGB-Bonzen und der sich links gebärdenden SPD-Funktionäre? Kein Wort konnte man jetzt darüber hören.



In allen Teilen der Bundesrepublik kämpfte und kämpft die Bevölkerung gegen den Bau der Atomkraftwerke. Bild: Kampf der Bauern in Wyhl 1975.

Aber die Werktätigen geben sich nicht zufrieden mit „Lösung der Sicherheitsfrage" nach der Art von Schmidt. Zehntausende haben in den vergangenen Jahren gegen das Bonner Atomprogramm gekämpft, haben Bauplätze von Atomkraftwerken besetzt, dem bürgerkriegsmäßigen Aufmarsch der Polizei standgehalten. Und dieser Kampf war gerecht und er ist auch heute berechtigt und notwendig. Die Bonner Propaganda hat all die Jahre versucht, jeden AKW-Gegner zum Spinner abzustempeln, der sich gegen den notwendigen Fortschritt richtet. Und jetzt, wo per Kabinettsbeschluß die Sicherheitsfrage für gelöst erklärt ist, werden sie neue Haßkampagnen gegen die AKW-Gegner entfesseln.

Aber wir erinnern uns gerade jetzt an eine andere Untersuchung, die vor zwei Jahren von Bonn in Auftrag gegeben wurde, eine Untersuchung, die die möglichen Gefahren einer Wiederaufbereitungsanlage erforschen sollte. Diese Studie wurde natürlich nicht an die große Glocke gehängt. Sie lag mit dem Stempel „vertraulich" versehen in den Bonner Panzerschränken. Anfang dieses Jahres brachten Bürgerinitiativen ein Exemplar dieser Untersuchung an die Öffentlichkeit. Darin hieß es für den Fall, daß auch nur an einem einzigen Lagertank des radioaktiven Materials ein Leck auftreten würde: Eine radioaktive Wolke würde über Hunderte von Kilometern jedes menschliche Leben vernichten. Stünde diese Wiederaufbereitungsanlage in Norddeutschland, also etwa wie jetzt geplant in Gorleben, würden bei Nordwind allein in der Bundesrepublik 30 Millionen Menschen bedroht.

Fortsetzung auf Seite 2

Dayan in Westdeutschland

Bonner Unterstützung des antiarabischen Komplotts

Zu einem mehrtägigen Besuch kam der israelische Außenminister Dayan nach Bonn. Sein Ziel: Unterstützung zu suchen für die sogenannten vorbereitenden Friedensgespräche, die jetzt unter dem Kommando der amerikanischen Supermacht in Kairo über die Bühne gehen sollen. Arrogant forderte der Zionistenchef, die europäischen Staaten sollten gefälligst erst Israel konsultieren, bevor sie irgendwelche Erklärungen zum Nahen Osten abgeben. Was ihm nicht paßte, war die Erwähnung der „Rechte der Palästinenser" in verschiedenen EG-Resolutionen.

Das wirft ein bezeichnendes Licht auf diese angeblichen Friedensgespräche. Zeigt es doch einmal mehr, daß es dabei nicht um Frieden geht, sondern darum, die palästinensische Sache und die Sache aller arabischen Völker zu Grabe zu tragen und die Herrschaft der Zionisten über die arabischen Gebiete zu verewigen.

Dayan fand in Bonn die Unterstützung, die er suchte. Die westdeutschen Imperialisten machten klar, daß sie hinter dem von Washington ausgeheckten antiarabischen Komplott stehen.

Über das Wesen dieses Komplotts gibt ein Artikel der albanischen Zeitung „Zëri i Popullit" Aufschluß, den der „Rote Morgen" auf Seite 7 auszugsweise veröffentlicht.

Militante Kämpfe der Studenten

"Unter dem Schutz von Pistolen diskutieren wir nicht!"

Frankfurt 29. 11.: Kultusminister Krollmann will auf einer Veranstaltung Werbung für die Bildungspolitik der Bundesregierung machen. 3.000 Studenten erwarten ihn. Krollmann betritt im Schutz von bewaffneten Zivilpolizisten den Saal: „Unter dem Schutz von Pistolen diskutieren wir nicht!" schallt es ihm entgegen. Fünf bis zehn Minuten bleiben diese Herren im Saal. Als Krollmann anfängt, die Studenten zu beschimpfen, fliegt er raus, nicht ohne noch ein Ei und eine Tomate abzubekommen. Auch die Spitzel bekommen den Haß der Studenten zu spüren: zerrissene Jacken, Eier, Tomaten usw. Einem Kameramann vom Fernsehen wird der Film abgenommen. Anschließend bildet sich ein Demonstrationszug von fast 2.000 Studenten zum hessischen Rundfunk, um dort eine Erklärung abzugeben.

Was sich hier in Frankfurt zeigte, ist die wachsende Empörung der Studenten über den Bonner Staat. In anderen Städten zeigt sich das gleiche Bild:

• In Westberlin kam der CDU-Vorsitzende Kohl überhaupt nicht zu Wort. 3.000 Studenten verhinderten

Fortsetzung auf Seite 5

Gegen drohenden Rationalisierungsfeldzug

Kurzstreiks in vielen Druckereibetrieben

Warnstreiks in vielen Zeitungsdruckereien. Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen über die Einführung neuer Techniken in der Druck- und Verlagsindustrie, bei denen die Arbeitsplätze von Zehntausenden von Druckereiarbeitern auf dem Spiel stehen, war die Kampfbereitschaft so groß, daß sich die Gewerkschaftsführung gezwungen sah, zu Warnstreiks und zu Überstundenboykotts aufzurufen. Allein in der ersten Hälfte der letzten Woche wurden 25 Warnstreiks gemeldet. Am Donnerstag kam es zu weiteren Warnstreiks. In München streikten die Druckereiarbeiter gleichzeitig in allen drei Großdruckereien („Süddeutsche Zeitung", „Münchner Merkur" und „Bild").

Warum ist dieser Kampf der Druckereiarbeiter so wichtig und notwendig? In den letzten Jahren hat in der Druck- und Verlagsindustrie eine grundlegende technische Umwälzung eingesetzt. Sie betrifft vor allem den Satz, aber auch die Drucktechnik. Die Kapitalisten nutzen sie, um massiv zu rationalisieren, um Arbeitsplätze zu vernichten und Löhne zu drücken. Stieg die Zahl der Beschäftigten in der Druckindustrie bis 1968 stetig an, so sank sie von 1968 bis heute um ca. 16%. Im gleichen Zeitraum steigerten die Kapitalisten den Umsatz pro Beschäftigten um 84%. Allein von 1970 bis 1976 wurden von rund 224.000 Arbeitsplätzen 34.000 wegrationalisiert. Am meisten betroffen sind die Setzer. Die neuen Verfahren machen qualifizierte Setzer weitgehend überflüssig. Es wird geschätzt, daß zwei Drittel der Setzer mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes rechnen müssen. Daneben drohen Tausenden von Kollegen in den anderen Arbeitsbereichen Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt, daß die neuen Verfahren weniger qualifizierte Arbeitskräfte verlangen. Für einen Teil der Kollegen, die ihren Arbeitsplatz behalten, werden die

Fortsetzung auf Seite 4

AUS DEM INHALT

Bonn stützt faschistische Regime 2
Zivildienst — im Stil des faschistischen Arbeitsdienstes 2
„Endlösung der Terroristenfrage?" 2
Zechenschließung in der DDR 3
Eisenbahnunglück in der DDR 3
Was bedeutet die Parole von der „Auflösung der Militärbündnisse 3
NGG: Gewerkschaftsbonzen fordern Lohnabbau 4
Gelsenkirchen: Geldstrafe für Flugblattverteilen 5
Wegen eines Satzes — sechs Monate Gefängnis 6
Stammheim: Neue Widersprüche, neue Lügen 6
Abhörfall Traube: Verfolgt wird, wer die Praktiken des Verfassungsschutzes aufdeckt 6

Kampf dem Bonner Atomprogramm!

Fortsetzung von Seite 1

So steht es in dem Bericht des Instituts für Reaktorsicherheit, den das Bonner Innenministerium in Auftrag gab. Das ist die Wahrheit über die angebliche Sicherheit, die Wahrheit, die Bonn vertuschen will. Und diese Wahrheit heißt: Die Energie- und Elektromonopole, die mit dem Atomprogramm das große Geschäft machen wollen, sind bereit, für ihre Profite über Leichen zu gehen. Jetzt nehmen sie Kurs auf den Bau noch weiterer Kraftwerke, und keine einzige der in der erwähnten Geheimstudie aufgedeckten Gefahren ist bis jetzt ausgeschaltet worden. Das gilt für die Entsorgung, also die Wiederaufbereitung und Lagerung der Brennstäbe. Das gilt auch für die Atomkraftwerke selbst.

Auch da lügen die Monopole — was die Sicherheit betrifft — das Blaue vom Himmel herunter. Und wenn sie die Unfälle in diesen Anlagen nicht mehr vertuschen können, dann sprechen sie von „kleineren Störfällen". Aber wie sieht es denn wirklich aus? Im Jahr 1972 z. B. waren die westdeutschen Atomkraftwerke nur 56,5% ihrer vorgesehenen Betriebszeit in Aktion. Warum? Weil sie die übrige Zeit ausgefallen waren wegen solcher „kleinen Störfälle". Wie das konkret aussieht, zeigte sich jetzt bei dem letzten Unfall im Atomkraftwerk Neckarwestheim. Dieser Unfall war von den Betreibern systematisch verschwiegen worden und erst von einer Bürgerinitiative ans Tageslicht gebracht worden.

In einem Leserbrief an die „Süddeutsche Zeitung" allerdings wurde enthüllt, was wirklich geschah. Der Reaktor in Neckarwestheim war „per Hand", unter Umgehung des vorgeschriebenen Programmablaufs in Betrieb genommen worden. Warum sie das gemacht haben? Durch diese Art der Inbetriebnahme wurden 100.000 Mark eingespart. Das muß man sich einmal vorstellen: Für diese 100.000 Mark haben die AKW-Betreiber von Neckarwestheim bewußt und kaltblütig einen Unfall mit unabsehbaren Folgen in Kauf genommen. Ein Einzelfall? Nein, die alltägliche Regel des Bonner Atomprogramms. Ob es die ganz „normale" radioaktive Verseuchung der Luft durch die AKWs, die Aufheizung und damit Zerstörung der Flüsse durch das Kühlwasser oder ob es die Gefahr von Unfällen und die damit unweigerlich verbundene Massenvernichtung von menschlichem Leben ist, die Energiekapitalisten scheren sich einen Dreck darum. Was für uns die größten Gefahren für Gesundheit und Leben mit sich bringt, bringt ihnen Riesenprofite.

Und da sollen wir stillhalten? Nein, der Kampf gegen das Bonner Atomprogramm wird und muß weitergehen. Die Bourgeoisie und in ihrem Dienst vor allem der DGB-Apparat haben in den letzten Wochen und Monaten die demagogische Formel vom „Bündnis von Kohle und Kernkraft" erfunden, um uns weiszumachen, sie würden so viele Kohlekraftwerke wie möglich, so wenig Atomkraftwerke wie nötig bauen. Aber ist es denn ein Zufall, daß jetzt in Bonn von der Kohle gar nicht mehr die Rede ist, das im Gegenteil weiter Zechen geschlossen werden? Das zeigt doch, daß es gar nicht um Kohle *und* Kernkraft geht, sondern um den Bau von Atomkraftwerken *statt* Kohlekraftwerken. Und deshalb stimmt auch die demagogische Milchmädchenrechnung mit den Arbeitsplätzen nicht. Denn für den Bau eines AKWs werden ungefähr genauso viele Arbeitsplätze geschaffen wie für den eines Kohlekraftwerks. Und dazu kommt, daß der Betrieb eines Kohlekraftwerks zusätzlich ca. 8.000 Arbeitsplätze in der Kohleförderung schafft. Das sind die Tatsachen. Den Kapitalisten, so viel sie auch darüber reden, geht es niemals um unsere Interessen, um die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Sie haben mit der aktiven Hilfe des Gewerkschaftsapparats vor zehn Jahren den Kohlebergbau teilweise liquidiert. Zehntausende Kumpel auf die Straße geworfen, um mit dem Erdöl Geschäfte zu machen. Und heute ist es die Atomenergie, mit der sie die größten Profite machen können. Für diese Profite treiben sie jetzt die Vernichtung von Arbeitsplätzen im Kohlebergbau weiter voran. Das Geschwätz der Monopolherren, der Bonner Politiker und der Gewerkschaftsbonzen vom angeblichen Interessenwiderspruch zwischen den Bergarbeitern und den Atomkraftwerksgegnern ist durch und durch verlogen, ist nur ein schmutziger Versuch, Spaltung in die Reihen der Werktätigen zu säen, um einen gemeinsamen Kampf zu verhindern.

Diesen Spaltungsversuchen müssen wir entschieden entgegentreten, genauso wie der Demagogie der DKP, die mit vielen Worten das Bonner Atomprogramm kritisiert, das ebenso reaktionäre und menschenfeindliche Atomprogramm der Herren in Ostberlin aber in den Himmel lobt. Diese Leute wollen uns die DDR als sozialistisch verkaufen, aber niemals würde ein wirklich sozialistischer Staat Leben und Gesundheit seiner Bürger gefährden, indem er unter den heutigen Bedingungen Atomkraftwerke errichtet.

Wir Kommunisten verbinden die kompromißlose Ablehnung des Bonner Atomprogramms mit dem Eintreten für die Ausweitung der Steinkohlenförderung und den Bau von Kohlekraftwerken mit den notwendigen Umweltschutzanlagen.

Kämpfen wir gegen das reaktionäre Atomprogramm der Bourgeoisie und ihres Bonner Staates!

"Hermes"-Kredite
Bonn stützt faschistische Regimes

Der faschistische Iran soll vier Atomkraftwerke erhalten, die Bundesregierung unterstützt das Geschäft. Thyssen liefert den argentinischen Militärs ein U-Boot, die Regierung gibt finanzielle Rückendeckung. Großexporte an die südafrikanischen Rassisten, der westdeutsche Staat sichert das finanzielle Risiko bis zu 50 Millionen pro Auftrag. Das ist das Ergebnis der Beratung des Bundeskabinetts über die Grundsätze der Exportpolitik.

In diesen Beschlüssen drückt sich erneut der expansive und aggressive Charakter des westdeutschen Imperialismus aus. Seit 1950 hat die Bundesregierung Waren- und Kapitalexporte der westdeutschen Monopole im Wert von 157 Milliarden DM durch „Hermes"-Bürgschaften unterstützt. Das heißt: Der Staat springt ein, wenn die Kapitalisten im Auslandsgeschäft Verluste erleiden, sei es durch Enteignungen, durch Zahlungsunfähigkeit oder Wechselkursveränderungen. Der Staatshaushalt ist also die Versicherungskasse für die Expansion der Monopole.

Gerade die Kreditpolitik der Bundesregierung zeigt, in welche Länder das westdeutsche Finanzkapital eindringt, welche Völker es vorwiegend ausbeutet und ausplündert. 26 Milliarden Kredite für Lieferungen an den Iran. 11 Milliarden für Saudi-Arabien. 10 für die Sowjetunion. Brasilien 5,5, Südafrika 2,2, Argentinien 1,8. Es ist unübersehbar, die westdeutschen Monopole haben eine Vorliebe für die Länder, in denen faschistische Regimes herrschen. Denn diese Kettenhunde sichern ihnen enorme Profite, sie verkaufen skrupellos den nationalen Reichtum ihrer Länder. Sie schützen mit Polizei und Terror die Ausbeutung der einheimischen Arbeiter in den Fabriken der westdeutschen Monopolherren.

Die Bundesregierung hat mit ihren neuen Kreditbeschlüssen ihre volle Unterstützung für diese Rassisten und Faschisten demonstriert.

Wer diese imperialistische Aktivität als „wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen zweiter und dritter Welt" begrüßt, wird sich zu Recht den Haß aller fortschrittlichen Kräfte zuziehen. Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus!

Zivildienst
Im Stil des faschistischen Arbeitsdienstes

Was hat die Regierung sich „human" gegeben: die „peinliche" Befragung müsse abgeschafft werden. Seit dem 1. August gibt es nun das Prüfverfahren nicht mehr. Und die Zahlen der Kriegsdienstverweigerer wachsen. Der Pferdefuß dieses scheinbar liberalen Verhaltens wird jetzt allerdings deutlich.

Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst Ivens kündigte an, die Zeit des Zivildienstes von jetzt 18 Monaten auf 24 Monate zu verlängern. Alle Kriegsdienstverweigerer sollen in der nächsten Zeit kaserniert werden, weit entfernt vom Heimatort. Das heißt nun auch bei den Verweigerern militärischer Drill, Disziplinierung, ständige Schikanen. Und damit ja keiner durch das Netz schlüpft, sollen für alle Zivildienstler neue Arbeitsbereiche finanziert werden: beim Katastrophenschutz, beim Zivilschutz. Also in Verbänden, die paramilitärisch organisiert sind.

Die Haltung unserer Partei zum Pazifismus ist bekannt. Unsere Genossen gehen in die Bundeswehr, um sie zu zersetzen und das Waffenhandwerk für die Revolution zu lernen. Etwas anderes ist jedoch das demokratische Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Wir verteidigen es. Die Pläne der Bundesregierung zeigen, daß sie dieses Recht einschränken will. Daß sie die Verweigerer andererseits im Stil des faschistischen Arbeitsdienstes disziplinieren und einsetzen will.

Der kasernierte Ausbau des Zivildienstes ist ein Schritt hin zu einem Arbeitsdienst von der Art Hitlers. Wir kennen die Pläne, unter dem Deckmantel der „Wehrgerechtigkeit" für die Mädchen ein Pflichthaushaltsjahr einzuführen. Oder die Ideen, arbeitslose Jugendliche, arbeitslose Kollegen „von der Straße wegzuholen" und zu Zwangsarbeit zu verpflichten. Natürlich für einen Hungerlohn, natürlich in den „sozialen Bereichen", damit der Staat seine finanziellen Mittel noch mehr für den Ausbau von Polizei und Bundeswehr einsetzen kann. Aber das Entscheidende ist, mit diesen Arbeitsdienst-Vorstellungen will der Staat so viele wie möglich seinem faschistischen Drill unterwerfen, sie mit militaristischen Ideen impfen. Treten wir allen Faschisierungsmaßnahmen entgegen! Der Kampf der Zivildienstler gegen die reaktionären Pläne der Bundesregierung hat unsere volle Unterstützung!

Kurz berichtet

MÜNSTER

Am 26. 11. versammelten sich in Münster Neonazis zu einer „Protestkundgebung gegen den roten Terror", bei der sie „Todesstrafe für Kommunisten und Terroristen" forderten und schrieen „Rot Front, verrecke!" Ca. 300 Menschen, vor allem Jugendliche, protestierten gegen diese faschistische Provokation. Natürlich waren auch die Genossen der Partei und der Roten Garde aktiv dabei. Bei dieser Aktion wurden zwei Jugendliche von der Polizei verhaftet, andere verletzt. Die RHD unterstützt die festgenommenen Antifaschisten.

NÜRNBERG

Am 27. 11. 77 fand in Nürnberg eine Veranstaltung zum 33. Jahrestag der Befreiung Albaniens und des Sieges der Volksrevolution statt. Rund 120 Menschen nahmen daran teil, etwa die Hälfte albanische Freunde aus Kosovo. Nachdem die Bedeutung der SVR Albanien durch einen lebendigen Vergleich der Verfassung Albaniens und der Bundesrepublik erklärt worden war, wurde der albanische Spielfilm „Alte Wunden" gezeigt. Eine Spendensammlung am Ende der Veranstaltung erbrachte 150 DM.

DITHMARSCHEN

Am 26. 11. lud die Rote Garde Dithmarschen in Heide zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Ein neues 33 darf es nicht geben" ein. Es wurden Dias gezeigt und ein Referat zu dem Thema gehalten. Anschließend wurde diskutiert. Einige Schüler, die zu der Veranstaltung gekommen waren, wollen jetzt mit der Roten Garde zusammenarbeiten.

DUISBURG

Vor kurzem erschien in Duisburg die erste Nummer der Zeitung „Der Angriff",



Betriebszeitung der KPD/ML für die Duisburger Kupferhütte. Diese Nummer der Zeitung enthält einen Artikel zur bevorstehenden Kurzarbeit und zu drohenden Entlassungen und je einen Artikel über die DDR und das sozialistische Albanien.

BERICHTIGUNGEN

Im „Roten Morgen" Nr. 48 ist im „Aufruf des ZK der KPD/ML" zum 30. Januar mehrfach die Rede davon, daß die Hitler-Faschisten vor **35 Jahren** die Macht ergriffen. Selbstverständlich muß es heißen vor **45 Jahren.**

* * *

Im „Roten Morgen" Nr. 46 wird im Artikel „Die Sache hat System" auf der Seite 6 davon gesprochen, daß Genosse Volker Nieber „wegen seiner Teilnahme an der Demonstration zum Roten Antikriegstag" festgenommen und in der 1. Instanz verurteilt wurde. Diese Formulierung ist mißverständlich. Es handelt sich hierbei um die Behauptung der Klassenjustiz, die sich im übrigen auch nicht beweisen ließ.

Offen gesagt ...
"Endlösung der Terroristenfrage"?

„Schmidts Endlösung" schrieb eine ausländische Zeitung nach der Blutnacht von Stammheim. Offenbar soll es nach dem Willen der Herrschenden nicht bei Stammheim bleiben, soll die „Endlösung der Terroristenfrage" propagandistisch vorbereitet werden. Anders läßt sich die von der Regierung angekurbelte sogenannte „wissenschaftliche Diskussion" über die „Ursachen des Terrorismus" kaum verstehen.

Was sagte doch Bundesjustizminister Vogel jüngst über die Richtung, in der diese „wissenschaftliche Diskussion" geführt werden soll? „Das werden wir zu fragen haben: Welchen Zusammenhang gibt es mit psychischen Anomalien und Krankheitserscheinungen? Ist es nur ein Zufall, daß eine nicht unbeträchtliche Zahl Terroristen gerade der jetzt aktiven Generation aus dem Umkreis des sogenannten sozialistischen Patientenkollektivs in Heidelberg stammt?" Moskaus Irrenanstalten, diese modernen Konzentrationslager, also auch bald ein Mittel der „Terroristenbekämpfung" in der Bundesrepublik?

Es lasse sich niemand dadurch täuschen, daß Vogel seine faschistischen Pläne als Frage formuliert. Denn die „wissenschaftliche" Antwort darauf gibt es bereits.

In der „Medical Tribune", einer angesehenen, sich fortschrittlich gebenden Fachzeitschrift, kann man auf der zweiten Seite unter der Überschrift „Mordtrieb durch Killerhormone?" lesen, daß ein gewisser Dr. med. Kühnau auf die „medizinische Seite" des Terrorismusproblems hingewiesen habe. Weiter heißt es dann wörtlich: „Jüngste Untersuchungen amerikanischer, schwedischer und deutscher Forscher an niederen Wirbeltieren, so Kühnau, hätten zur Auffindung und Reindarstellung von Hormonen aus bestimmten Hirngebieten geführt..., die beispielsweise einer friedfertigen Ratte verabfolgt, diese in einen blindwütigen Killer verwandle. ‚Wir dürfen also annehmen', meint Kühnau, ‚daß bei den Terroristen eine Autonomie solcher Hirnzentren vorliegt, die zur ungehemmten Freisetzung von Killerhormonen imstande ist.' Bezeichnend für die Terrorszene sei also, daß primär ein ungehemmter Mordtrieb vorliege..."

Ein Mordtrieb also. Keine Anklage wegen Mordes oder Mordversuches mehr wie in Stammheim, keine jahrelangen Prozesse mit endlosen „Beweisaufnahmen", die doch niemanden überzeugen können. Stattdessen Mordtrieb. Kurzer Prozeß. Einziger notwendiger „Beweis": Das Gutachten eines ärztlichen Erfüllungsgehilfen, der bestätigt, daß bei dem Angeklagten „eine Autonomie solcher Hirnzentren vorliegt, die zur ungehemmten Freisetzung von Killerhormonen imstande ist." Einzige Aufgabe des Gerichts: zu entscheiden, ob man den „Triebkiller" lebenslang in den Knast oder in die Irrenanstalt sperren oder ob man ihn lieber gleich „retten" soll — wie ja neuerdings Justizminister Vogel und andere SPD-Politiker tödliche Schüsse auf Revolutionäre bezeichnen.

„Endlösung der Judenfrage" hieß es bei Hitler. Bonn steuert auf die „Endlösung der Terroristenfrage" hin. Die Worte sind verschieden. Der Geist ist der gleiche. Aber die Herren in Bonn sollen sich in acht nehmen. Immer mehr Werktätige setzen sich gegen diesen faschistischen Bonner Kurs zur Wehr. Durch ihren Kampf unter der Führung der Partei kann und muß ein neues '33 verhindert werden.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Zechenschließungen in der DDR
Honecker liquidiert den Bergbau

Letzte Woche wurde im Martin-Hoop-Werk im Zwickau-Ölsnitzer Revier die letzte Schicht gefahren. Damit hat Honecker alle Steinkohle-Zechen in der DDR liquidiert. Über hundert Jahre haben hier Bergleute gearbeitet, vor den Stillegungen waren es 18.000. 3.300 verlieren jetzt ihren Arbeitsplatz.

Manchem Kumpel werden die Tränen in den Augen gestanden haben. Wie haben sie nach dem Kriege für den Aufbau des Sozialismus gekämpft! Tonnen um Tonnen Kohle herausgebrochen, damit ihr sozialistischer Staat trotz Blockade eine unabhängige Energieversorgung hatte! Solange die Arbeiter und Bauern in der DDR die Macht hatten, konnte keine imperialistische Propaganda vom „aussterbenden Steinkohlebergbau", kein Sabotageakt den Ausbau der Zechen verhindern. Die Kumpel steigerten die Förderleistung von 2,5 auf 11,5 Millionen Tonnen Steinkohle im Jahr.

Seitdem die Ulbricht-Honecker-Clique den Sozialismus zerstört hat, ist das jedoch anders. Ab Mitte der sechziger Jahre wurde die Förderung der eigenen Energievorkommen systematisch gedrosselt. Darunter auch der Braunkohlebergbau, der in der DDR Hauptenergiequelle ist. Stattdessen pumpten die Sozialimperialisten ihr Erdöl und Erdgas in die DDR. Und bei den Atomkraftwerken hat die Sowjetunion ebenfalls ihre Hand im Spiel: Sie liefert nicht nur das Uran, sie besitzt auch 50% des Kapitals der AKWs auf DDR-Boden.



DDR-Kumpel im Jahre 1952: Die Zechen, in denen sie mit großem Einsatz Kohle gefördert haben, werden vom Honecker-Regime stillgelegt.

Dieser Ausverkauf der Energie-Wirtschaft an die Sozialimperialisten ist keinen Deut anders als die Stillegungen der Ruhr-Zechen im Interesse der Öl-Monopole und Atom-Konzerne. Das kapitalistische Profitsystem regiert. Mögen die Herren von Pankow auch ungeniert von „erschöpften Kohlevorkommen" reden, für sie zählt allein „Rentabilität" so wie im Westen.

Die Vorräte sind nicht erschöpft, die Lagerstätten der Kohle sind nur schwieriger zugänglich geworden. In einer ähnlichen Situation wurden auch in Ungarn die Zechen geschlossen, und heute ist dieses Land vollkommen von russischen Energielieferungen abhängig. Auch die DDR muß inzwischen 9,3 Millionen Tonnen Steinkohle vor allem aus der Sowjetunion, aber auch aus Polen und der CSSR einführen.

Die Konsequenz dieses „DDR-Energie-Programms" heißt: Vernichtung des langjährigen Arbeitsplatzes für die Bergleute, Versorgungsschwierigkeiten für die Werktätigen. Denn die meisten Wohnungen in der DDR werden mit Kohle beheizt. So meldet schon jetzt ein Erfurter Regionalblatt „erheblichen Ärger unter der Bevölkerung über die Kohlelieferung". Viele Haushalte erhalten „statt der bestellten Menge nur kleine Teillieferungen". Die Vernichtung der eigenen Kohleförderung wird daher die kapitalistische Wirtschaft der DDR in noch größere Schwierigkeiten stürzen.

Eisenbahnunglück in der DDR
Die Verantwortlichen sitzen im Ministerium

Auf dem Bahnsteig von Bitterfeld/DDR warten Reisende. Der D-Zug aus Berlin läuft ein. Plötzlich eine Explosion. Der Dampfkessel der Lokomotive fliegt auseinander. Der erste Reisewagen fängt Feuer. Eisenteile schwirren durch die Luft. Acht Menschen kommen elend um. Acht andere werden schwerverletzt in die Krankenhäuser transportiert. Das Verkehrsministerium der DDR hat sofort eine Kommission an die Unfallstelle geschickt, um die „Ursachen für den Unfall zu ermitteln".

Diese Heuchler! Sie werden einen Reichsbahn-Angestellten zum Schuldigen erklären. Menschliches Versagen. Nichtbeachten der Vorschriften usw. Die tatsächlich Verantwortlichen für die acht Toten sitzen jedoch in diesem Ministerium. Zwei Tage vor der Explosion hat der DDR-Verkehrsminister Arndt vor dem ZK der SED erklärt, daß „bei der Eisenbahn die Lokomotiven über der Norm in der Reparatur sind oder auf eine Reparatur warten müssen". Schuld daran sei die unzureichende Ersatzteilversorgung.

Das Ministerium denkt nicht daran, diese baufälligen Lokomotiven außer Betrieb zu setzen oder die jahrzehntealten Dampflokomotiven durch neuere zu ersetzen. „Weil ein großer Teil unserer Güterwagen und Lokomotiven importiert werden muß", gibt Arndt die Parole aus: „Lieber auf eine bestimmte Anzahl von Neuanschaffungen verzichten! Die Auslastung unserer Transportmittel weiter erhöhen!" Das heißt: Die Beschäftigten bei der Reichsbahn sollen noch mehr aus dem alten Zugmaterial herausholen, sollen noch mehr angetrieben werden.

In den letzten zehn Jahren ist die „Produktivität" der Eisenbahner von 510.000 auf 745.000 Brutto-Tonnen-Kilometer im Jahr getrieben worden. Für die Eisenbahnarbeiter heißt das Schinderei! So schrieb ein Reichsbahner an den „Roten Morgen": „Wir werden ständig auf Trab gehalten mit der Drohung, daß wir Stundenabzug kriegen. Wenn ich es beispielsweise nicht schaffe, mit vier anderen Kollegen in einer Stunde 300 Sack Zement auszuladen, wegzufahren und zu stapeln, dann gibt es Abzug. Wenn nicht sauber gestapelt ist, gibt es ebenfalls einen Abzug. Immer stehe ich unter Druck."

Es ist klar, daß bei dieser Arbeitshetze, bei dieser Tonnen-Sklaverei die Kollegen nicht sorgsam mit den Güterwagen umgehen können. Der Verkehrsminister klagt: „Unser Güterwagenpark mußte aufgrund von Schäden im Be- und Entladeprozeß und beim Rangieren zweimal im Jahr außerplanmäßig repariert werden. Die Gewaltschäden müssen verhindert werden!" Und wie das aussieht, demonstriert ein Interview aus dem DDR-Fernsehen. Frage an den Betriebsleiter eines Brandenburger Stahlwerkes: „Wie haben Sie die Beschädigungen an Reichsbahn-Güterwagen beim Schrott-Entladen gesenkt?" Antwort: „Für jede Beschädigung wird ein Lohnanteil abgezogen." Frage: „Und wenn der Waggon schon beschädigt eintrifft?" Antwort: „Wenn der Kranfahrer es merkt und der Reichsbahn meldet, bekommt er keinen Lohn abgezogen. Wenn er aber erst nach dem Entladen einen Schaden bemerkt, dann wird er natürlich zur Kasse gebeten."

So sieht das also aus: Die Werktätigen werden bis aufs letzte unter Druck gesetzt, gehetzt, mit baufälligen Zügen auf die Schienen geschickt. Und wenn dann ein Unglück passiert, dann „ermittelt" eine Kommission. Auch in der DDR wird die Zeit kommen, wo die Werktätigen über jeden dieser Morde Rechenschaft verlangen werden.

Volkswagen in die DDR
Ein Geschäft auf dem Rücken der Werktätigen

10.000 VW-Golf in die DDR. Ein Geschäft wie viele andere? Nein, dieser 100-Millionen-Auftrag demonstriert, wie rücksichtslos die Honecker-Clique die Werktätigen in der DDR ausplündert. Wie bereitwillig sie den westdeutschen Monopolen das Eindringen in die DDR-Wirtschaft gestattet.

9.000 bis 10.000 DM kostet ein Golf hier. Und in der DDR? Dort will die Regierung 30.000 Ost-Mark verlangen! Jeder weiß aus Besuchen in der DDR, wie schwer es schon für Werktätige ist, sich einen Trabant zum Preis von 8.000 Ost-Mark, Lieferzeit sieben Jahre, anzuschaffen und bei einer notwendigen Reparatur Ersatzteile zu organisieren. Es ist klar: Die 10.000 Volkswagen sind vor allem als Autos für Funktionäre und die breite Schicht der Neureichen gedacht, wie schon die 1.000 importierten Volvos (Verkaufspreis: 42.000 Ostmark).

Die Werktätigen der DDR dagegen müssen für 100 Millionen Mark Maschinen erarbeiten als Gegenlieferung an VW. Aus ihren Knochen wird letztlich das Geld herausgepreßt, das die Honecker-Clique durch den Verkauf zum dreifachen Preis einsteckt. Denn die innerdeutschen Geschäfte werden zum offiziellen Umrechnungskurs 1:1 abgeschlossen.

Zugleich zeigt dieses Geschäft, daß die ostdeutsche Monopolbourgeoisie ihre Politik der „offenen Tür" für das westdeutsche Kapital verstärken will. Jeder weiß, es bleibt nicht bei diesem Geschäft, es kommen Anschlußaufträge. Ersatzteile müssen geliefert werden. Ein VW-Reparaturnetz muß aufgebaut werden. Die Richtung ist vorgesteckt. Später wird es heißen: Einrichtung eines VW-Montage-Werkes. Lizenz-Verträge mit ostdeutschen Betrieben. Kapitalbeteiligungen von VW. Die Arbeiter in den DDR-Betrieben werden für die westdeutschen Monopolherren schuften müssen. So wie es jetzt schon in Rumänien oder in Ungarn geschieht.

Wie im Westen versucht die DDR-Bourgeoisie die Krise ihrer kapitalistischen Wirtschaft zu lösen, indem sie die Werktätigen durch Überschichten, versteckte Preiserhöhungen, Rationalisierungsmaßnahmen noch stärker ausbeutet.

Der Import der Westwagen für die Schmarotzer dieses Systems, der Riesengewinn beim Verkauf dieser Autos wird deshalb die wachsende Empörung in der DDR nicht beruhigen. Im Gegenteil. Jeder Golf auf den Straßen der DDR wird für die Werktätigen zu einem Symbol dafür werden, daß diese Gesellschaft in zwei Klassen gespalten ist, in Ausbeuter und Ausgebeutete.

Was bedeutet die Parole von der 'Auflösung der Militärbündnisse'?

„Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, Auflösung der imperialistischen Militärbündnisse." Diese Forderung stand in einem Aktionsprogramm, das die GRF und der KBW bei den im November geführten Aktionseinheitsgesprächen vorlegten. Die Vertreter unserer Partei lehnten diese Forderung ab. Das GRF-Organ „Rote Fahne" stimmte daraufhin ein Gezeter an, wir würden „positive demokratische Forderungen" als revisionistisch abstempeln und versuchte einen hinterhältigen Tiefschlag: „Gemeint ist wohl, es würde der KPD/ML besser schmecken, wenn man auf die Forderung nach Auflösung des Warschauer Pakts verzichtet."

Wir sollen uns schützend vor den Militärblock der einen Supermacht stellen? Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Unsere Partei kämpft, wie es im Programm der KPD/ML heißt, „gegen die Stationierung der Besatzertruppen auf deutschem Boden und für ihre Vertreibung; für den Austritt Westdeutschlands aus der NATO und aus der EG und Ostdeutschlands aus dem Warschauer Pakt und dem RGW."

Das ist eine klare und eindeutige Perspektive des Kampfes gegen die Militärblöcke der Supermächte und ihre Besatzertruppen. Und die Losung der GRF? Auflösung der Blöcke — das ist eine Parole, die wahrhaftig nichts kostet, zu nichts verpflichtet, eine Losung, die man deshalb auch aus dem Mund der imperialistischen Kriegstreiber selbst hört, die auch zum Bestandteil der revisionistischen Demagogie gehört. Man ist für die Auflösung, aber eben nicht unter den gegenwärtigen Bedingungen. Solange die NATO existiert, muß auch der Warschauer Pakt bestehenbleiben, sagen die einen. Solange es den Warschauer Pakt gibt, sagen die anderen, ist eben auch die NATO notwendig.

Das ist der Pferdefuß bei dieser Parole. Unsere Partei hat sich nie auf diese imperialistische Logik des Gleichgewichts der Kräfte eingelassen. Sie kämpft hier wie in der DDR für ein Ausscheiden aus den imperialistischen Bündnissen. Ganz anders die GRF. Wer hätte nicht noch ihre infamen Beschwörungen im Ohr, „daß die Volksmassen heute die Vertreibung der USA-Truppen nicht ehrlich wollen können." Heute sagt man's zwar nicht mehr so deutlich, aber der Kern ist derselbe: Es ist die „Drei-Welten-Theorie", nach der der russische Sozialimperialismus zur alleinigen Quelle eines neuen Krieges erklärt wird. So konnte man auf dem kürzlich abgehaltenen Parteitag der GRF hören, daß die amerikanische Supermacht angeblich nur ihre Positionen in Europa halten will, während die russische sich die kriegerische Eroberung Westeuropas zum Ziel gesetzt hat. So wird dann auch der Warschauer Pakt als ein Aggressions- und Expansionsinstrument bezeichnet, was er ja tatsächlich ist, die NATO dagegen sei durch die „Defensive gekennzeichnet."

Was heißt das denn anderes als die NATO, die ja genau so ein Aggressions- und Expansionsinstrument ist, zum Verteidigungsbündnis umzufälschen? Und wenn die GRF in diesem Zusammenhang sich die Kehle heiser schreit gegen die „Beschwichtigungspolitik" der westlichen Imperialisten gegenüber der russischen Supermacht, was ist das anderes als eine Aufforderung zum verstärkten militärischen Zusammenschluß? Ist es da ein Wunder, wenn die GRF den Kampf gegen die NATO als Liebedienerei gegenüber dem Kreml zu diffamieren versucht?

So ist ihre Parole von der Auflösung der Blöcke nur ein weiterer Mantel, unter dem sie sozialchauvinistische Politik zu verstecken versucht. Diese Parole ist alles andere als eine „positive demokratische Forderung". Sie ist der Versuch, von den wirklichen Aufgaben des revolutionären Klassenkampfs abzulenken, wie sie im Programm der KPD/ML korrekt formuliert sind.

Ein Besuch in Ostberlin

Korrespondenz — Ich möchte über meinen letzten Besuch in Berlin, Hauptstadt der DDR, berichten.

Im Gespräch erfuhr ich, daß die Empörung über die Kaffeepreisgeschichte (die billigste Sorte wurde abgeschaft und durch eine Mischung 51% Bohnenkaffee zu 49% Muckefuck ersetzt, im Volksmund „Erichs Krönung" genannt) sehr groß war. Seitdem kursiert der Slogan: „Bei uns wird nichts teurer, nur das Billige wird abgeschafft."

Dafür steht auch die Versorgung mit anderen Gütern, z. B. Kleidung und Schuhen. Einigermaßen vernünftige Bekleidung ist nur noch in den sogenannten „exquisit"-Läden erhältlich, die erkennt man an den fehlenden Preisschildern im Schaufenster. Dort gibt es Blusen ab 75, Kleider ab 300, Hosen ab 150 Mark. Zum Vergleich: Ein Student erhält ein maximales Stipendium von 200 Mark, die Miete für eine 1-Zimmer-Altbauwohnung beträgt 40 Mark.

Viele Dinge gibts nur im Intershop, also für Westgeld. Was soll man machen? Ein Weg, der nicht zum Erfolg führte: Einige Jugendliche brachen in einen Intershop ein und klauten Zigaretten und Rundfunkgeräte. Sie verbuddelten alles, mit Spürhunden kamen die Sachen doch wieder ans Tageslicht, und die Kassettenrecorder sind nun mit „Beziehungen" für 50 Mark zu haben.

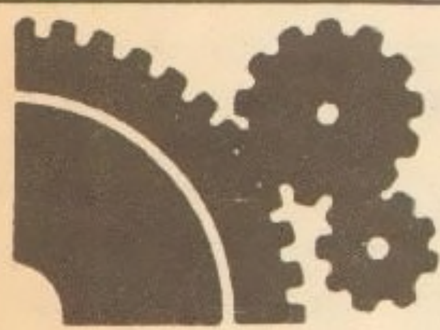
Über solche Vorfälle schweigt natürlich die offizielle Presse. Ebenso wie über den Zusammenstoß eines sowjetischen Mannschaftswagens, der die Vorfahrt nicht beachtete und in einen mit Glasscheiben beladenen LKW fuhr. Durch die umherfliegenden Glasteile soll es viele Tote gegeben haben.

Zum Stasi: Genau wie bei uns in der BRD und Westberlin arbeitet er auch an den Universitäten. Mir wurde der Fall eines Angehörigen der Zeugen Jehovas bekannt, dem durch seine Religion die berufliche Karriere verwehrt war. Nachdem er schließlich in die FDJ eingetreten ist und sich dem Stasi zur Verfügung gestellt hat, kann er seinen Berufswunsch verwirklichen und hat (nach eigener Aussage!) nebenher die Aufgabe, die Zeugen Jehovas von innen zu zersetzen. Geschnüffelt wird überall; selbst Regimetreue haben Angst sich frei zu äußern, weil man nie weiß, wer etwas wie auffaßt. In Wohnheimen ist es Usus, beim Weggehen Radio und Fernsehapparat auf DDR-Sender einzustellen, weil man ja nie weiß...

Wohnungsprobleme und Bürokratismus: Ein Arbeiter wohnt inoffiziell bei seiner Freundin, behält aber sein Zimmer in einem Wohnheim. Würde er das aufgeben, so ginge beiden bei ihrer Heirat der Anspruch auf einen Platz in der Warteliste für eine Neubauwohnung flöten. Da wartet man ca. drei Jahre bis man vielleicht in eine halbfertige Wohnung in irgendeinem Vorort eingewiesen wird. Denn erstmal müssen ja die neuen Interhotels stehen, die die Einheimischen nicht benutzen dürfen und somit viele Devisen bringen.

Apropos Wartezeit: Daß man aufs Auto zehn Jahre warten muß, ist wahrscheinlich allgemein bekannt. Aber auch für einen Führerschein darf man vier Jahre „anstehen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Pillen, damit's noch schneller geht

Liebe Genossen!

Bei Dibona in Bargteheide ließ die Betriebsleitung leistungssteigernde Vitaminpillen unter der Belegschaft verteilen. 15 Schachteln pro Arbeiter, das natürlich in der Saisonzeit, wo die Arbeitshetze ein schon fast unerträgliches Ausmaß annimmt und außerdem noch ständig Überstunden geschoben werden müssen, um den Aufträgen überhaupt nachkommen zu können. Auch bei dieser Aktion reichten sich Gewerkschaft und Betriebsleitung wie üblich die Hände. Unser DGB-Betriebsrat wurde vorgeschickt, um uns das „Geschenk" der Betriebsleitung schmackhaft zu machen und die Verteilung der Aktivpillen zu überwachen. An diesem Beispiel sieht man, meine ich, recht deutlich, daß dem Arbeiter im Kapitalismus keine Geschenke aus Menschenfreundlichkeit gemacht werden, sondern allein um noch mehr aus ihm herauszuschlagen.

Rot Front!
Rotgardistin aus Lübeck

Da muß das Kind wohl erst todkrank sein. .

Ich arbeite im Krankenhaus. Neulich bekam eine Kollegin von mir einen Brief aus der Verwaltung. Worum ging es? Ihr Kind hatte die Masern gehabt und dabei hohes Fieber. Sie war zum Arzt gegangen und hatte sich die Krankheit ihres Kindes bescheinigen lassen und den Schein bei der zuständigen Stelle abgegeben. Dann war sie fünf Tage zu Hause geblieben. — Fünf Tage im Jahr kann eine Mutter von der Arbeit freibekommen wegen Erkrankung ihres Kindes.

Nun stand aber in dem Brief, sie könnte die fünf Tage nur als unbezahlten Sonderurlaub nehmen, da die Schwere der Erkrankung ihres Kindes nicht groß genug sei. Wir waren sehr wütend und empört!

Da stehen einer Mutter nur fünf freie Tage im Jahr wegen Krankheit des Kindes zu (was ist das schon, wenn man bedenkt, wie oft kleine Kinder krank werden!), und dann muß das Kind wohl erst todkrank sein, damit man diese lächerlich kurze Zeit zur Pflege frei bekommt.

Die Kollegin hat sich das nicht gefallen lassen und ist sofort zu den verschiedenen Ärzten gelaufen, um sich zu beschweren. Aber das dauert natürlich, bis die Sache bearbeitet ist. Da werden Anträge, Attests hin- und hergeschickt, und ich weiß nicht, wie viele Bürokräfte mit beschäftigt. Ein Beispiel, wie „sozial" unser Staat doch ist. Meine Kollegin sagte sinngemäß: „An uns, da sparen sie, da sollen wir immer schneller und mehr arbeiten. Um einen aber noch das bißchen Recht, was einem zusteht, wegzunehmen, da setzen sie alles in Bewegung."

Krankenschwester aus Kassel

Arbeitsgericht: Arbeiter soll sich öffentlich von Äußerung gegen Lohnabbau distanzieren

Der „Rote Morgen" berichtete kürzlich über die fristlose Entlassung eines Arbeiters in der Druckmaschinenfabrik Albert in Frankenthal bei Ludwigshafen. Dem Kollegen wird vorgeworfen, daß er auf ein Terroristen-Fahndungsplakat des Bundeskriminalamtes, das im Betrieb aushing, die Worte: „Schleyer — Kapitalistenschwein" geschrieben habe. Der Kollege klagte gegen seine Entlassung beim Arbeitsgericht. Jetzt hat vor dem Arbeitsgericht die „Güteverhandlung" dazu stattgefunden (Verhandlung vor der eigentlichen Verhandlung der Klage, in der der Richter u. U. einen Vergleich bzw. eine sogenannte „gütliche Einigung" vorschlägt — RM).

Die Gewerkschaft stellte dem Kollegen einen Anwalt. Aber offensichtlich nicht, um ihm zu helfen, sein Recht zu fordern, sondern eher, um ihn einzuschüchtern und zu bewegen, den Richter um Vergebung anzuflehen. Es ist bezeichnend, daß schon vor der Verhandlung die Albert-Bosse, der Richter und der Gewerkschaftsanwalt die Köpfe zusammengesteckt haben.

Der Gewerkschaftsanwalt ist fünf Minuten vor der Verhandlung gekommen, hat sich zu dem Kollegen hingesetzt und kurz mit ihm gesprochen. Dabei hat er ihm dann auch noch ein Flugblatt zum Vorwurf gemacht, das von der KPD/ML zu seiner Entlassung am Betrieb verteilt worden war. In der ganzen Verhandlung hat dieser Anwalt vielleicht zwei Sätze von sich gegeben. Man braucht sich über dieses Verhalten allerdings nicht zu wundern — hat doch der DGB gemeinsam mit den Unternehmerverbänden die Arbeiter zu einer „Gedenkminute" für Schleyer aufgerufen.

Der Kollege jedenfalls hat sich dann während der Verhandlung selbst verteidigt. Die Albert-Bosse traten unglaublich unverschämt auf und versuchten den Kollegen als Terroristen abzustempeln. Besonders warfen sie ihm vor, nachdem er angeblich die besagten Worte auf das Fahndungsblatt geschrieben hat, hätte er „demonstrativ weitergearbeitet" (!). Der Richter unternahm nichts, um diese unerhörte Hetze gegen den Kollegen zurückzuweisen. Im Gegenteil. Er schlug in die gleiche Kerbe, brüllte den Arbeiter an und versuchte ihn fertigzumachen. Außerdem versuchte er, den Kollegen auf das Flugblatt der Partei festzunageln und ihm zu unterschieben, daß er dahinter stecke.

Der Kollege ließ sich aber von dem ganzen Pack nicht kleinkriegen. Auf die Unterstellungen des Richters ließ er sich nicht ein.

Und wie sah nun der „Gütevorschlag" des Herrn Richters aus? Der Arbeiter solle eine Gegendarstellung zum Flugblatt der KPD/ML unterschreiben und als Flugblatt verteilen lassen und zwar auf seine Kosten! Außerdem soll er an die Albert-Bosse 1.000 DM Strafe bezahlen! Unter diesen Bedingungen — so der saubere Richter — könne der Arbeiter vielleicht (!) (wenn es die Kollegen wollten) wieder eingestellt werden. (Die Unterstellung des Richters, die Kollegen bei Albert wollten den entlassenen Kollegen nicht mehr haben, ist eine freche Verleumdung und eine Beleidigung der Albert-Arbeiter. In Wahrheit waren die Kollegen darüber empört, daß er entlassen worden war.)

Dieser provokative „Gütevorschlag" des Richters wurde von dem entlassenen Kollegen natürlich zurückgewiesen. Neuer Verhandlungstermin ist nun der 17. Januar. Dort wird der Kollege gegen seine fristlose Entlassung klagen. Bestimmt hat er dabei die Solidarität seiner Kollegen bei Albert. Und auch wir, die Genossen der KPD/ML, werden uns für seine Wiedereinstellung einsetzen. Als wir das Flugblatt bei Albert verteilten, haben wir auch Protestresolutionen dabeigehabt gegen die Entlassung. Immerhin konnten wir sechs Kollegen dafür gewinnen, daß sie unterschrieben.

Rot Front!
Genossen aus Ludwigshafen

"Tarifpolitische Wende" des NGG-Apparats

Gewerkschaftsbonzen fordern Lohnabbau

Die Bonzen der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) haben eine einschneidende „tarifpolitische Kehrtwende" angekündigt. Der Hauptpunkt dabei ist, daß Schichtzulagen, Erschwerniszuschläge und Überstunden nicht mehr durch Geld, sondern durch zusätzlichen Urlaub oder kürzere Wochenarbeitszeit abgegolten werden sollen. Diese Regelungen sollen bei den anstehenden Verhandlungen über Manteltarifverträge vereinbart werden.

In bezug auf die Schichtzulagen wurde dies für 170.000 Schichtarbeiter im NGG-Bereich bereits vereinbart. Die NGG-Bonzen begründen diese „Kehrtwende" als „Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit". In den kommenden Tarifrunden müsse „die Sicherheit von Arbeitsplätzen Vorrang vor finanziellen Verbesserungen" haben. So haben sie jetzt auch die Kündigung des Bundesrahmentarifvertrages für die Brauwirtschaft ausgesetzt, die in diesem Jahr fällig gewesen wäre. Das bedeutet, daß die infolge von Rationalisierung und verschärfter Arbeitshetze notwendigen Verbesserungen bei Prämienregelungen, Akkordsätzen und bei der Lohngruppeneinstufung abgewürgt werden.

All das ist aber praktisch nichts anderes als ein brutaler Angriff auf die Löhne der Kollegen im NGG-Bereich. Mit unverschämter Demagogie behaupten die Bonzen, dies geschehe im eigenen Interesse der Kollegen.

Wer wollte bestreiten, daß bei der verschärften Arbeitshetze und brutalen Ausbeutung eine Arbeitszeitverkürzung und mehr Urlaub für die Kollegen eine dringende Notwendigkeit ist? Aber wenn damit ein massiver Lohnabbau verknüpft werden soll, so kann das nicht im Interesse der Arbeiter sein. Unseren Lohn brauchen wir. Schon heute bringen die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter im NGG-Bereich kaum mehr als 1.000 DM netto nach Hause. Wie soll man mit noch weniger Geld leben können?

In den meisten Betrieben des NGG-Bereichs herrschen sehr harte Arbeitsbedingungen. Es sind zum Großteil Frauen und Ausländer, die hier beschäftigt sind. Oft müssen sie am Fließband oder im Akkord schuften und werden unerbittlich angetrieben und elend schikaniert. Trotzdem sind es oft wahre Hungerlöhne, mit denen sie abgespeist werden (6 DM Stundenlohn sind keine Ausnahme). In vielen Fällen spielt im NGG-Bereich die Saisonarbeit eine große Rolle. So in der Genußmittelindustrie vor Weihnachten und Ostern; in der Getränkeindustrie in der heißen Jahreszeit und natürlich im Gaststättengewerbe während der Urlaubszeit. Dann werden die Kollegen einerseits gezwungen, Überstunden zu schinden noch und noch, während die Unternehmer andererseits auch Saisonarbeiter einstellen, die sie zugleich als Druckmittel gegen die Belegschaften ausnutzen.

Was hat der NGG-Gewerkschaftsapparat gegen diese Zustände getan? So gut wie nichts! Im Grunde hat er doch jeden konsequenten Kampf für besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen abgewürgt oder im Keim zu ersticken versucht. Und jetzt will er die Kollegen unter dem Vorwand der Sicherung von Arbeitsplätzen dazu zwingen, brutalen Lohnraub hinzunehmen und für die Kapitalisten die Krisensuppe auszulöffeln.

Meinen es die Gewerkschaftsbonzen denn ehrlich mit ihrem „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit"? Die Antwort auf diese Frage zeigt sich in ihren Taten. Allein im Bereich Nahrungs- und Genußmittel wurden seit 1965 weit über hunderttausend Arbeitsplätze vernichtet. Die Beschäftigtenzahl sank in diesem Zeitraum um mehr als ein Fünftel, nämlich von 539.000 auf 430.000. Aber der Gewerkschaftsapparat hat nichts Ernsthaftes dagegen getan — im Gegenteil. Haben nicht etwa die NGG-Betriebsräte den Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen fast immer ihre Zustimmung erteilt? So z. B. auch jetzt wieder in der Westberliner Schultheiß-Brauerei, wo 600 Kollegen auf die Straße geworfen werden sollen.

Die NGG-Bonzen faseln davon, ihre neue Tarifpolitik diene einer „Umverteilung der Arbeit". Würde auf diese Weise der Arbeitsplatzvernichtung und den Entlassungen Einhalt geboten? Im Gegenteil! Mit Sicherheit werden die NGG-Kapitalisten neue Rationalisierungsfeldzüge starten. Weitere Massenentlassungen und Stillegungen werden so oder so auf die Tagesordnung gesetzt. Und es gibt nur ein Mittel dagegen: Die Arbeiter müssen sich zu militanten Kämpfen gegen solche Angriffe erheben und ihre Arbeitsplätze kompromißlos verteidigen. Aber genau dies zu verhindern ist das wahre Ziel des arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparates.

Natürlich müssen wir für Arbeitszeitverkürzung und für die Verlängerung des Urlaubs kämpfen. Aber gleichzeitig müssen wir unbedingt auch gegen den Angriff auf unsere Löhne kämpfen und für echte Lohnerhöhungen. Die richtige Forderung im Hinblick auf Arbeitszeitverkürzung, die in vielen Betrieben die Unterstützung der Kollegen fand, lautete: „Für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich". Dafür kämpft auch konsequent die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO), die diese Forderung in ihr Aktionsprogramm aufgenommen hat.

Ebenso tritt die RGO auch für die Herabsetzung des Rentenalters bei sofortiger Zahlung der vollen Rente ein. Und die RGO führt zugleich auch den Kampf gegen Entlassungen und Arbeitsplatzvernichtung und den Kampf für echte Lohnerhöhungen. Die RGO vertritt den Standpunkt, daß es Verrat ist, wenn der Gewerkschaftsapparat bei diesen Forderungen und Kampffronten das eine gegen das andere ausspielen will. Denn die Ursache für die Arbeitslosigkeit liegt in der kapitalistischen Ausbeutung, in der Profitgier der Unternehmer. Deshalb kann gegen die Arbeitslosigkeit nur die kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze und darüber hinaus der unversöhnliche Kampf der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung etwas ausrichten.

Kurzstreiks in vielen Druckereibetrieben

Fortsetzung von Seite 1

Kapitalisten also den Lohn drastisch senken wollen.

Völlig zu Recht wehren sich die Kollegen mit aller Kraft gegen die brutalen Angriffe auf ihre Lebenslage. Ihre wichtigsten Forderungen sind, daß es keinerlei Entlassungen geben darf, daß es keinerlei Lohnabbau als Folge von Rationalisierungen geben darf. Stattdessen fordern die Kollegen, um den Angriffen der Kapitalisten zu begegnen, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Alle diese Forderungen sind berechtigt, und die Kollegen sind bereit, für ihre Durchsetzung zu kämpfen, auch wenn dieser Kampf zweifellos sehr hart sein wird. So heißt es in einer Resolution der Mitglieder der IG Druck und Papier im St. Otto-Verlag in Bamberg: **„Im Kampf um die Erhaltung unserer Arbeitsplätze werden wir uns auf keine Kompromisse einlassen."** Und: **„Für die Verwirklichung dieser Forderungen sind wir bereit, in den Streik zu treten."**

Wo steht der IG-Dru-Pa-Apparat bei diesem schweren Kampf der Kollegen? Sicher, in Worten greift er die Forderungen der Kollegen zum Teil auf, z. B. wendet auch er sich gegen Entlassungen. Aber seine Taten sehen anders aus. Nehmen wir den Raster-Vertragsentwurf des IG-Dru-Pa-Apparates, den er auch als Verhandlungsgrundlage für die Tarifverhandlungen über die neuen Techniken benutzt. Dort ist keine Rede davon, daß es keine Entlassungen geben darf. Vielmehr werden hier Regelungen für Abfindungen und Sozialpläne gefordert. Oder nehmen wir die Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Sie wird dort nicht etwa für alle, sondern nur für die am Bildschirm beschäftigten Kollegen gefordert usw. usf. Und wie der schmutzige Verrat des Gewerkschaftsapparates beim Streik '76 lehrt, werden die Bonzen selbst bei diesen Forderungen noch Abstriche machen.

Schon jetzt zeichnet sich deutlich ab, wie der Gewerkschaftsapparat den Kampf der Kollegen gegen den Rationalisierungsterror abwiegelt, ja sabotiert. So waren viele Kollegen der Meinung, daß den Kapitalisten mit einem richtigen Streik geantwortet werden müßte, nicht mit Überstundenboykott. Die Empörung dieser Kollegen wuchs noch, als sie beispielsweise in einem Betrieb in Bielefeld sahen, daß die Funktionäre der IG Dru Pa ihren eigenen Überstundenboykottaufruf nicht befolgten, sondern selber Überstunden schoben.

Was die Warnstreiks betrifft, schreibt uns ein Druckereigenosse aus Ostwestfalen: „Am Donnerstag sollte es in den Zeitungsbetrieben in Ostwestfalen zu Warnstreiks kommen. Am Donnerstagnachmittag fand deshalb eine Besprechung der Betriebsratsvorsitzenden der betreffenden drei Betriebe und des Bezirkssekretärs der IG Dru-Pa in Bielefeld statt. In diese Besprechung platzte die Nachricht des Landesbezirksvorstandes in Köln, ‚Ruhe in den Betrieben zu wahren'. Dabei wäre der Donnerstag ein guter Zeitpunkt für einen Streik gewesen, weil an diesem Tag das größte Anzeigenaufkommen des Jahres, bedingt durch die Weihnachtszeit, zu erwarten war. Die Verlage hatten sich auch bereits auf Notausgaben eingerichtet. Der Umbruch wurde bereits vorverlegt, die Redaktionen des ‚Herforder Kreisblattes' hatten bereits Mittwochabend Anweisungen, die Manuskripte einige Stunden vorher in die Technik zu geben. **Demnach hatten die Kapitalisten bereits am Mittwoch Informationen über einen Warnstreik, während die Kollegen erst am Donnerstag um 9.00 Uhr davon erfuhren!"** Ähnlich war es in anderen Verlagshäusern. Bewußt wurden die Kollegen bis zuletzt im Unklaren gelassen. Bewußt wurden auch die Redakteure und Angestellten nicht in die Streiks miteinbezogen. So war die Herausgabe von Notausgaben gesichert.

Und warum hat die Gewerkschaftsführung ein geheimes „Sondierungsgespräch" für den 5. 12. mit den Kapitalisten verabredet? (Die Sache platzte, weil sie durch eine „Indiskretion" nach außen drang.) Dpa berichtet, daß die IG DruPa dabei geplant hatte, „zunächst von Warnstreiks abzusehen, um das geplante Spitzengespräch nicht zu belasten" (!!). Der Kampf der Arbeiter „belastet" also die Verhandlungen der Gewerkschaftsbonzen mit den Kapitalisten! Das wirft ein bezeichnendes Licht auf das, was die Mahlein und Konsorten da aushandeln wollen: einen üblen Kompromiß, der gegen die Interessen der Kollegen gerichtet ist und der Arbeitsplatzvernichtung und dem Lohnraub die Weichen stellt.

Die Kollegen in den Druckereien und Verlagsanstalten müssen gegenüber diesen hinterhältigen Manövern des Gewerkschaftsapparates wachsam sein. Die richtige Antwort darauf ist es, den Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten in die eigenen Hände zu nehmen, sich gegen sie und den geplanten Verrat von Mahlein und Co. zusammenzuschließen.

Militante Kämpfe der Studenten

Fortsetzung von Seite 1

im größten Hörsaal der Technischen Universität seinen Auftritt. Als er sich in einen kleineren Saal zurückzog, riegelten Polizeiketten dieses Gebäude vollständig ab. Alle Studenten, die in diesen Saal wollten, mußten sich drei Körperkontrollen gefallen lassen. Ein Student wurde dabei von mehreren RCDS-Schlägern und zivilen Polizisten brutal zusammengeschlagen. Dieser Student wurde dann noch wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt festgenommen.

• Auch in Bielefeld soll mit massiven Polizeieinsätzen der Kampf der Studenten unterdrückt werden. Die Studenten versuchten dort, eine Juravorlesung zu verhindern, die ein reaktionärer Professor gegen den beschlossenen Streik der Studenten abhalten wollte. Hunderte von Studenten kamen dorthin, um ihren Streik durchzusetzen. Daraufhin wurde die Vorlesung vom Rektor sofort in ein nahegelegenes Gebäude der Fachhochschule verlegt. Ungefähr 400 Studenten zogen auch dorthin. Einige von ihnen bildeten Ketten vor der Eingangstür. Ein Mannschaftswagen der Polizei wurde eingesetzt. Unterstützt wurden die Uniformierten von Mitgliedern des MSB Spartakus. Mit den Rufen „Keine Gewalt, keine Gewalt" durchbrachen sie selbst die Ketten der Studenten, um der Polizei Einlaß zu verschaffen. Einige Studenten, die sich im Gebäude aufhielten und keinen Studentenausweis der Juristen in der Tasche hatten, wurden brutal von der Polizei rausgeschmissen. Auch am nächsten Tag griff die Polizei wieder ein, um den Streik zu verhindern. Studenten und Studentinnen wurden dabei getreten und geschlagen. Einen Genossen des KSB/ML wollten sie herausgreifen und festnehmen. Dies konnte jedoch durch den Schutz der Studenten verhindert werden. Auf einer Gesamt-Vollversammlung aller Bielefelder Hochschulen am 5. 12. wollen die Studenten weitere Schritte gegen den Polizeieinsatz und die Streikbrecher beschließen.



Bielefeld: Hunderte von Studenten versuchen trotz massivem Polizeieinsatz die Vorlesung eines reaktionären Professors zu verhindern. Unterstützt wurde die Polizei bei ihrem Einsatz von Schlägern des MSB Spartakus.

• Wie in Bielefeld bewiesen die Revisionisten auch in Hamburg, daß sie trotz allen fortschrittlichen Getues nichts als Handlanger des bürgerlichen Staates sind. Dort riegelte die Polizei gleich am Anfang des Streiks das Hauptgebäude und den Fachbereich ab. Außerdem plante die CDU eine „Besichtigung" des Streiks, natürlich zu keinem anderen Zweck, um hinterher über die „chaotischen Zustände" an den Universitäten zu hetzen. Einige fortschrittliche Studenten wollten diese Provokation verhindern, sie stellten gegen diese „Besichtigung" Streikposten auf. Der MSB ging aktiv gegen diese Streikposten vor und verschaffte so den CDU-Abgeordneten Einlaß. Der Asta-Sprecher — ebenfalls ein Revisionist — hetzte hinterher gegen die fortschrittlichen Studenten und betonte, daß die „Chaoten", wenn sie Strafanzeigen bekommen, keine Solidarität vom Asta erwarten können.

An den meisten Universitäten und Fachschulen befinden sich die Studenten zur Zeit im Streik gegen die reaktionären Hochschulgesetze. 125 Hochschulen und Universitäten haben in Urabstimmung und auf Vollversammlungen für den Streik gestimmt. Oft konnte dabei auch das Konzept des VDS, mit dem der Kampf abgewiegelt werden soll, abgeblockt werden und ein militantes Streikprogramm dagegengestellt werden. So an den meisten Fachbereichen der Hochschulen in Westberlin. Oder auch an der Fachhochschule in Köln, wo kein Antrag der Revisionisten eine Mehrheit fand und am Fachbereich Sozialwesen bei aktiver Teilnahme des KSB/ML, beschlossen wurde, in einen nicht befristeten Streik zu treten. Während des Streiks sollen alle Fachprüfungen boykottiert werden, um den Protest gegen die neuen Prüfungsordnungen auszudrücken. In den jetzigen Streikkämpfen zeigt sich deutlich, daß der kapitalistische Staat mit Terror und Polizeigewalt gegen die berechtigten Forderungen der Studenten vorgeht, daß es ihm in vielen Städten aber trotzdem nicht gelingt, die Kämpfe der Studenten zu zerschlagen. Als weiterer Feind der Studenten zeigt sich der MSB Spartakus, der immer dann, wenn es ernst wird, sich auf die Seite der Organe des Staatsapparates und gegen die Studenten stellt.

Geldstrafe für Flugblattverteilen

"In dem Flugblatt stand die Wahrheit"

6.000 DM Geldstrafe für das Verteilen von zwei Flugblättern. Dieses unverschämte Urteil sprach das erweiterte Schöffengericht in Gelsenkirchen aus. Vier Genossen sollen zahlen. Obwohl die Politische Polizei, die als „Zeuge" auftrat, nur eine Genossin beim Verteilen gesehen haben will. „Geistige Mittäterschaft" reicht. Die Klassenjustiz hatte offensichtlich eine noch härtere Verurteilung vor. Aber im Gerichtssaal verfolgten 45 Besucher gespannt den Prozeß. Vor dieser Solidarität schreckte das Gericht zurück.

Was stand in dem Flugblatt? Im Frühjahr dieses Jahres wurde das Knappschaftskrankenhaus in Gelsenkirchen geschlossen. 400 Betten weniger. Obwohl in anderen Krankenhäusern Patienten auf dem Flur liegen mußten. Die KPD/ML griff in ihrem Flugblatt diese gewaltige Verschlechterung der medizinischen Versorgung für die Werktätigen an. Sie entlarvte das Überrumpelungsmanöver, mit dem die Knappschaft die Belegschaft vor vollendete Tatsachen stellte. Sie stellte fest: „Die Irreführung der Öffentlichkeit durch Propaganda von zu viel Betten in Gelsenkirchen und auch die Entlassung eines kommunistischen Arztes, der zum Kampf gegen diese Politik aufrief, zeugen vom durch und durch reaktionären Charakter dieses Staates." Diese Schlußfolgerung nahm das Gericht zum Anlaß, einen Prozeß wegen „Verächtlichmachung des Staates" zu führen.

Was heißt hier eigentlich „Verächtlichmachung"? Daß Krankenhausbetten gestrichen werden, daß Menschen todkrank auf den Fluren gelagert werden — ist das nicht verachtenswert? Und diese Tatsache haben nicht die Flugblattverteiler zu verantworten, sondern eben die Organe dieses Staates. Zwei Hausfrauen und ein Arbeiter traten als Zeugen vor Gericht auf, um die Aussagen des Flugblattes zu unterstützen.

Eine 45jährige Hausfrau: „Mein Schwiegervater war todkrank. Er wurde vier Tage lang im Evangelischen Krankenhaus auf dem Flur gelagert. Als ich ihn einmal besuchte, lag sein Bettnachbar splitternackt herum. Da hat der Mensch doch keine Würde. Ein Pfleger sagte zu mir: ‚Auf dem Flur lassen wir keinen sterben, kurz vor dem Tode wird er reingeschoben, das tun wir nicht aus medizinischen, sondern aus Pietätsgründen.' "

Auch der Arbeiter bezeugte die Bettennot. Und die zweite Hausfrau: „Meine Mutter lag zehn Tage auf dem Flur. Sie hat sich dabei eine Lungenentzündung zugezogen. Einmal lag sie halbnackt, das Bett war durchnäßt. Besucher, die vorbeikamen, lachten. Ich sprach den Pfarrer an, damit meine Mutter in ein anständiges Zimmer kommt. Aber der sagte mir nur, ich sollte mich an die zuständigen Stellen im Krankenhaus wenden. Bis ich den Weg zu Ende gegangen bin, ist meine Mutter tot, antwortete ich ihm. Erst als ich damit drohte, mich an die Presse zu wenden, ging alles ganz schnell. Meine Mutter bekam ein Zimmer."

Diese Stimmen aus der Bevölkerung zeigten auf, was in dem kommunistischen Flugblatt über die Bettennot in Gelsenkirchen stand, entspricht der Wahrheit. Allein 20 Patienten aus der Praxis des kommunistischen Arztes Gedeon, der in diesem Prozeß mitangeklagt war, saßen im Zuschauerraum. Viele waren empört über das Urteil. „In dem Flugblatt stand doch die Wahrheit!"

Ein Kollege meinte: „Wenn es ihnen nicht paßt, dann darf das nicht die Wahrheit sein. Das ist wie in dem Märchen ‚Des Kaisers neue Kleider'. Obwohl der Kaiser nackend war, mußten alle Leute sagen: ‚Was hast du für schöne Kleider'. Sonst wurden sie bestraft. Die Freiheit geht heute so weit, wie die Obrigkeit es will."

Auch wenn der Staat und seine Klassenjustiz die Verbreitung der Wahrheit rücksichtslos verfolgt, er wird nicht verhindern können, daß immer mehr Menschen seinen Charakter erkennen. Die große Solidarität in diesem Prozeß zeigt das deutlich. „Ich bleibe dabei, die Angeklagten haben die Wahrheit gesagt" — diese Meinung aus dem Zuschauerraum läßt sich nicht unterdrücken.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Letzter Ausweg — Klapsmühle?

Ich arbeite im Krankenhaus auf einer Frauenstation. Neulich lag eine 75 Jahre alte Patientin bei uns, die einen schweren Unfall gehabt hatte. Trotz ihres Alters ging es ihr bald so gut, daß sie wieder herumlaufen und eigentlich entlassen werden konnte. Sie war aber etwas durcheinander, verwechselte vieles und machte manchmal komische Sachen. Das kommt bei älteren Leuten ja ziemlich häufig vor. Sie verstand uns aber meist gut, wenn wir ihr was sagten, und sie tat niemand etwas zuleide. Nun war die Frage, wohin die alte Frau entlassen werden sollte. Allein in ihrer Wohnung kam sie nicht mehr zurecht, und ihre einzigen Verwandten, ihre beiden älteren Geschwister, konnten ihr nicht helfen.

Da meinten die Ärzte, man solle sie in die psychiatrische Anstalt (ein bekanntes Haus hier in der Gegend) bringen. Es standen dann plötzlich verschiedene Damen und Herren vom Gesundheitsamt und vom Amtsgericht um ihr Bett herum und stellten ihr ein paar Fragen und sagten, es sei für sie das Beste, wenn sie nach Merxhausen käme. Der neurologische Arzt war auch gekommen. Er hatte schon das notwendige Gutachten geschrieben (obwohl er die Frau gar nicht kannte), daß sie gemeingefährlich sei und in eine geschlossene Anstalt gehöre.

Die Patientin merkte sofort, was los war und gab ganz normale Antworten, sagte: „Nach Merxhausen gehe ich nicht, da komm ich ja nicht wieder raus, und ich bin doch nicht so verrückt." Das half ihr nichts. Die Sache war schon von vornherein erledigt, sie mußte nur noch amtlich gemacht werden. So wurde dann eine Zwangseinweisung und vorläufige Entmündigung geschrieben.

Alle Schwestern waren empört. Als die Frau abgeholt werden sollte, weigerte sie sich, und auch die Krankenwagenfahrer wollten sie nicht zwangsweise mitnehmen. Die Schwestern sagten, es wäre eine Schande, wenn man die Frau einfach in die Anstalt stecken würde, und so mußte der Mann vom Gesundheitsamt nochmal kommen. Er war ganz erstaunt, daß die Schwestern sich dagegen wehrten, daß die Frau wegkam, und sagte, so etwas sei ihm noch nie passiert. Dann rief er den Neurologen an und fragte, ob er sein Gutachten zurückziehen würde, die Schwestern wollten die Patientin lieber auf Station behalten,als daß sie in eine Anstalt müßte. Und siehe da: Per Telefon wurde die „Gemeingefährlichkeit" der Frau zurückgenommen!

Leider stellte sich dann heraus, daß kein Altersheim sie nehmen wollte, und wir mußten es doch zulassen, daß sie in die Anstalt kam. Aber es war doch gut, daß wir uns den Herren mit ihren Gesetzesvorschriften entgegengestellt haben, so daß sie alles zurücknehmen mußten. Und es hat uns nochmal besonders deutlich gezeigt, wie unmenschlich in diesem Staat mit alten Leuten umgegangen wird, die ihm nichts mehr nützen. Erst im Sozialismus, wo der Mensch das Wichtigste ist und nicht der Profit, braucht man keine Angst vorm Alter zu haben. Dann kann man sich — wie heute die alten Menschen in Albanien — darauf freuen.

Rot Front!
Genossin aus Kassel

Ein Beispiel für Bonner Polizeistaatmethoden

Der Verfassungsschutz bespitzelt Schüler in Wetzlar (Mittelhessen). Im Hessenkolleg in Wetzlar (eine Schule, in der Berufstätige das Abitur nachmachen können), hat der Verfassungsschutz mehrmals die Personalakten von Schülern überprüft. Der Vorwand: Einige Schüler seien dort noch nicht polizeilich gemeldet. Doch die Schüler nahmen das nicht so einfach hin. Auf einer Protestvollversammlung wurde das Vorgehen vom Verfassungsschutz als „Akt öffentlicher Gewalt" verurteilt. Insbesondere, so hieß es auf der Versammlung, sollten durch diese „Schnüffeleien" diejenigen eingeschüchtert werden, die sich für eine bessere Ausbildung einsetzen.

Rot Front, Genossen aus Gießen

Sofort holte der Lehrer sich Verstärkung...

Liebe Genossen,

kurz nach dem Tode Schleyers sprach unser Deutschlehrer über die „großen Leistungen" des Hanns-Martin Schleyer. Nachdem der Lehrer mit seiner Biographie fertig war, meldete ich mich zu Wort. Ich erzählte meinen Klassenkameraden, was wirklich mit Schleyer los war. (Sehr früh SS-Mitglied, „Arbeitgeber"präsident usw.)

Unser Lehrer holte sich sofort Verstärkung, nämlich den Direktor. Der stürmte herein und fing sogleich zu toben an. Er schrie, was mir überhaupt einfiele und bezeichnete mich als „Sympathisanten" und „Terroristen".

Dann wurde er aber von einem Mitschüler unterbrochen, der sich meldete und sagte, daß er der gleichen Meinung sei wie ich. Nun meldeten sich nacheinander eine Reihe meiner Klassenkameraden und bekräftigten meine Meinung. Der Direktor und der Lehrer verließen daraufhin empört das Klassenzimmer.

Ich muß zwar sagen, daß ein Teil meiner Mitschüler sich nur gemeldet hat, um dem Direktor eins auszuwischen. Aber früher oder später werden auch sie den wahren Inhalt des Bonner Staates erkennen.

Rot Front!

Veranstaltungen der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Göttingen: Lichtbildervortrag zum Aufbau der Industrie in Albanien. 14. 12., 20 Uhr, Hotel Germania, Geismarlandstr. 23

Wiesbaden: Der industrielle Aufbau Albaniens. Freitag, den 16. 12., 20 Uhr, Turnhalle, Wiesbaden-Biebrich, Rathenauplatz

Parteiveranstaltungen

Hamburg: Liederfestival, Gaststätte „Jarresstadt", Hamburg-Barmbeck, Jarrestr. 27. 1. Teil: Lieder gegen den imperialistischen Krieg, antifaschistische Lieder. 2. Teil: Lieder der Völker Beginn: 14. 1. 78, 19 Uhr. Ende: 15. 1., nachmittags.

Duisburg: Die Jugend im sozialistischen Albanien. Freitag, 16. 12., 19.00 Uhr, Gaststätte „Ratskeller", Duisburger Str.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Urteil im Prozeß gegen Dieter Stoll

Wegen eines Satzes - sechs Monate Gefängnis

Am Dienstag, den 29. 11. 77 verurteilte ein Schöffengericht im Amtsgericht Dortmund den Genossen Dieter Stoll zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Das Gericht sprach den Genossen schuldig, den Staatsanwalt Höhn mit Mord bedroht zu haben, weil es als erwiesen ansah, daß Dieter Stoll zumindest sinngemäß bei einem anderen Prozeß gesagt haben soll: „Wir rechnen mit dir ab, das geht ganz schön schnell, sogar bevor wir an die Macht kommen und auch ganz individuell, Herr Staatsanwalt“, und anschließend mit dem Daumen auf seinen Hals gewiesen und dabei ein „Krrr“ ausgestoßen habe.

Als Zeugen der Anklage traten in diesem Prozeß zwei Justizbeamte, drei Polizisten, zwei Redakteure und der jetzige Oberstaatsanwalt Höhn auf. Keiner der Beamten von Justiz und Polizei konnte sich mehr recht erinnern. Aber das, was der Angeklagte gesagt haben soll, geben sie wortwörtlich wieder, so wie sie es vor einem Jahr zu Protokoll gegeben haben. (Einige bringen ihre damaligen Protokolle sogar mit bzw. sagen, daß sie sie vor dem Prozeß noch einmal durchgelesen haben.) Alle gaben zu, daß es ungewöhnlich sei, daß sie noch am gleichen Tag oder sofort am darauffolgenden Tag schriftliche Aussagen gemacht hätten. Oberstaatsanwalt Höhn, der die Zeugen damals dazu aufgefordert hatte, erklärt dann bei seiner Zeugenvernehmung, er könne nicht ausschließen, daß er die Zeugen damals nicht gefragt habe: Was haben Sie gehört? — sondern: Haben Sie das und das auch gehört?

Oberstaatsanwalt Höhn ist der Hauptzeuge. Er kann sich genau erinnern. Jede Einzelheit trägt — oder besser spielt — er vor, als sei es gestern geschehen. Widersprüche zwischen seiner Aussage und der der anderen Zeugen können ihn nicht erschüttern. Er muß es ja wissen. Er fühlte sich ja schließlich bedroht. Er hat die Beamten und Redakteure aufgefordert, als Zeugen auszusagen, er hat das Verfahren in Gang gebracht, und er ist sich auch sicher, daß der Angeklagte verurteilt werden wird. Als er gefragt wird, wieviel Verfahren gegen Genossen der KPD/ML er schon eingeleitet habe, lacht er. Das könne er beim besten Willen nicht mehr sagen. Als er gefragt wird, ob er die Linie der Partei genau kenne, zuckt er die Schultern. Sicher, das sei ja sein Beruf. „Der ‚Rote Morgen‘“, sagt er dann, „gehört zu meiner Pflichtlektüre.“ Kann es einen da, wenn dieser Mann so unverhohlen zugibt, daß er sich als berufsmäßiger KPD/ML-Verfolger fühlt, noch wundern, daß mit völlig aus der Luft gegriffenen Anklagen immer neue Prozesse in Gang gebracht werden?

Im Zuschauerraum sitzen auch Mädchen aus einer Schulklasse. Eine sagt: „Bisher habe ich mich nicht für Politik interessiert. Aber wenn ich das hier so sehe, wird's Zeit, daß ich mich damit beschäftige.“

Der Staatsanwalt fordert dann sechs Monate Gefängnis ohne Bewährung. Der Richter verurteilt den Genossen Dieter Stoll zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung.

In der Urteilsbegründung wird erklärt, das Gericht habe nicht genau feststellen können, was der Angeklagte tatsächlich gesagt habe. Aber fest stehe, daß er den Oberstaatsanwalt Höhn mit der Begehung eines Verbrechens bedroht habe. Der Angeklagte habe mit seinen Worten bezeugt, daß er „an der Tat mitwirken werde, die seine Gruppe durchführt“ (!!). Und diese Tat liege nicht irgendwo in der Zukunft, sondern sei eine konkrete Sache. Damit solch „verbaler Terrorismus“ nicht noch einmal im Gerichtssaal vorkomme, sei der Angeklagte mit Gefängnis zu bestrafen. Außerdem lasse auch die Empörung der Zeugen (!) und die Veröffentlichung durch die Zeitung (die Presse hatte damals gegen Dieter Stoll gehetzt) ein milderes Urteil nicht zu.

Warum dieser Prozeß und dieses Urteil?

Sowohl in der Anklageschrift als auch während der Verhandlung hat man versucht, den Genossen Dieter zu einem Gewalttäter zu stempeln, der bereit ist, den nächstbesten Staatsanwalt um die Ecke zu bringen. Aber warum diese Räuberpistole, die aus einem billigen Groschenroman stammen könnte? Wir kennen schon seit langem die Versuche der Bourgeoisie, unsere Partei, die KPD/ML, zu einer Organisation von „Terroristen“ zu erklären. Wird einer entführt oder erschossen, dann meldet sich sofort eine „Befreiungsbewegung Roter Morgen“. Zum gleichen Zeitpunkt muß der Genosse Volker Nieber, der der Justiz und Polizei seit über fünf Jahren als Kommunist bekannt ist, ein Alibi bringen für die Zeit, in der Aktionen der RAF oder anderer anarchistischer Gruppen durchgeführt wurden. Natürlich kennt die Bourgeoisie (und auch der Staatsanwalt Höhn) unser Programm. Sie wissen genau, daß wir den „individuellen Terror“ als nicht nützlich für den revolutionären Kampf ansehen. Sie kennen unsere Parole „Nur der Griff der Massen zum Gewehr, schafft den Sozialismus her“. Das hindert sie aber nicht daran, einen solchen Prozeß zu konstruieren. Dabei ist eindeutig, was sie wollen. Sie wollen jeden, der die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft der befreiten Arbeiterklasse und der Werktätigen über die ehemalige Ausbeuterklasse propagiert, als Verbrecher, der andere mit Mord bedroht, aburteilen.

Und genauso ist es hier geschehen. Genosse Dieter Stoll hatte vor Gericht erklärt, daß die, die für die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung verantwortlich sind, im Sozialismus für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Der Staatsanwalt und das gesamte Gericht fühlten sich bedroht. Deshalb dieses Verfahren, deshalb dieses Terrorurteil. Aber dafür werden sie eines Tages Rechenschaft geben müssen.

Faschistenaufmarsch in Bremen

Korrespondenz. Das Bremer Ostertorviertel am 19. 11. 77: Über eine Stunde lang zog eine faschistische Horde singend und nach echter Nazimanier in Reih und Glied durch verschiedene Straßen. Sie trugen schwarze Hemden, schwarze Lederjacken, schwarze lange Stiefel und Koppelschlösser mit SS-Ruhnen. Nach Berichten von Augenzeugen grölten sie Nazi-Lieder und riefen: „Rot Front, verrecke!“ Dabei griffen sie Bewohner und Passanten an, die sich nur mit Müh und Not in Hauseingänge flüchten konnten und verteilten Flugblätter mit nazistischem Inhalt.

Die Anwohner hatten die Polizei informiert, damit sie dem faschistischen Treiben ein Ende bereiten solle. Doch erst nach einer Stunde (!) sah sich die Polizei in der Lage, die Bande zu stellen. Dabei wurden ein geladener Gasrevolver und ein Schlagstock sichergestellt. Außerdem wurden mehrere Koppelschlösser mit Adler und Hakenkreuz und andere faschistische Requisiten gefunden. Im Polizeibericht heißt es lapidar: „Die Kriminalpolizei hat diesbezüglich Ermittlungen aufgenommen.“

Die Bevölkerung wird sich mit dieser faschistischen Provokation jedoch nicht so ohne weiteres abfinden. Die Anwohner haben sich bereits als Zeugen angeboten, um im bevorstehenden Prozeß gegen die Faschisten auszusagen.

Stammheim - 'Untersuchungsausschuß'

Neue Widersprüche - neue Lügen

Bald zwei Monate sind jetzt vergangen seit der Blutnacht von Stammheim, zwei Monate, in denen die Herren in Bonn weiter an ihrer Selbstmord-Legende bauten. Im Justizministerium wird eine Dokumentation zusammengebraut. In Stuttgart wurde ein Vertuschungsausschuß eingerichtet, der immer neue Steine für das Lügengebilde zusammentragen soll. Aber so sehr sie sich auch bemühen: Ihr Gebilde wird nur immer brüchiger. Neue Widersprüche tauchen auf, noch fadenscheinigere Lügen müssen darauf antworten. Und in Stammheim werden die Wände heruntergerissen, um auch noch die letzten Spuren zu beseitigen.

Vor dem Stuttgarter Vertuschungsausschuß traten jetzt die „Selbstmord-Experten“ auf. Da ist der BKA-Hauptkommissar Klaus, offenbar derselbe Beamte, der am Nachmittag vor Andreas Baaders Tod mit einem hohen Beamten des Bundeskanzleramtes in Stammheim auftauchte. Natürlich wird Klaus nicht gefragt, was er bei Andreas Baader zu suchen hatte, wird er nicht danach gefragt, was es mit dem Angebot des Krisenstabes auf sich hatte, Baader nach Somalia auszufliegen. Die Herren vom Vertuschungsausschuß zeigten sich auch nicht interessiert daran, herauszufinden, ob das Erscheinen von Klaus in Stammheim im Zusammenhang stand mit jenen drei Autos, die zu dieser Zeit auf den Gefängnishof fuhren. Keine Fragen auch dazu, warum Andreas Baader anderntags bei seinem Auffinden nagelneue feste Schuhe trug, die mit einer Schicht feinen Sandes bedeckt waren, wie es ihn in Mogadischu, nicht aber auf dem Stammheimer Beton gibt.

Nein, dieser Ausschuß in Stuttgart will keine Fragen stellen, er will sie unterbinden. Und so äußerte sich der BKA-Mann dann so, wie es von ihm verlangt war: Die Stammheimer Gefangenen hätten immer schon Selbstmordabsichten gehabt, wie ein roter Faden hätte sich das durch ihre Haftzeit gezogen. Der Anstaltsarzt Henck springt ihm bei. Er schwätzt sogar von einer ständigen „Todessehnsucht aus Verzweiflung“ und behauptet, die Gefangenen hätten ihm mehrmals ihren „kollektiven Selbstmord“ angekündigt.

So dreist sind inzwischen ihre Lügen, mit denen sie die Selbstmord-Legende aufrechterhalten wollen. Glauben sie denn, wir hätten vergessen, was beispielsweise die Gefängnispfarrer unwidersprochen aussagten, nämlich, daß es für irgendwelche Selbstmordabsichten keinerlei Anzeichen gegeben hat? Aber es hätte dieser und anderer Aussagen nicht einmal bedurft. Der zähe und mutige Kampf, den die Stammheimer Gefangenen gegen die barbarische Isolationshaft führten, war der etwa ein Zeichen für die „Todessehnsucht“, von der dieser beamtete Zyniker im weißen Kittel redet?

Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Irmgard Möller, sie wollten leben, sie haben buchstäblich um das Überleben gekämpft. Und nicht Selbstmordabsichten haben sie geäußert: Seit dem brutalen Überfall eines Terrorkommandos auf sie im August haben sie ständig davon gesprochen, daß der Bonner Staat die „Endlösung“, die Liquidierung der Stammheimer Gefangenen betreiben würde. Diese Wahrheit können alle Kommissare des BKA, kann auch der Stuttgarter Vertuschungsausschuß nicht weglügen.

Und darüber kann auch die Bonner Lumpenpresse nicht hinwegtäuschen. Sie entfesselt seit einiger Zeit eine Kampagne gegen die „Stammheimer Verhältnisse“. Aber mit welchem Ziel denn? Es geht nicht um das Aufdecken der Lügen, der offenen Widersprüche, es geht um das Vertuschen. Deshalb wird wieder einmal Stammheim als der fidele Knast hingestellt, in dem die Gefangenen Narrenfreiheit hatten, mit Waffen und Sprengstoff hantieren konnten usw.

usf. Ein besonders dreckiges Machwerk dieser Art präsentierte der „Stern“ in seiner letzten Ausgabe. Da werden die Aufseher von Stammheim zu verschüchterten, jämmerlichen Gestalten gemacht, die es nicht einmal gewagt hätten, die Gefangenen zu kontrollieren. Da werden die Zellen der Toten zu „Sauställen“ gemacht, und faschistische Witze gerissen — von der Art: „Die Gefangenen haben sich gar nicht umgebracht. Sie haben sich über die Sicherheitsvorschriften totgelacht.“

So verhöhnen diese Leute die Opfer des Massakers von Stammheim. Aus jeder Zeile des „Stern“ spricht die Erfahrung, die der Chef dieses Blattes in Hitlers Propaganda-Kompanien gesammelt hat. Diese Hetze hat Methode. Sie soll genauso wie das Geschwätz vor dem Stuttgarter Vertuschungsausschuß ablenken von der Frage: Wer ist verantwortlich für den Tod der drei politischen Gefangenen. Mit dem Geschrei über den „Skandal Stammheim“, das jetzt allerorten angestimmt wird, das sich um solche falschen und demagogischen Fragen dreht wie: Warum hatten die Gefangenen Waffen usw., mit diesem Geschrei soll eine noch schärfere Isolationshaft, eine noch umfassendere Anwendung der Kontaktsperre vorbereitet werden. Stammheim war ihnen noch nicht genug. Sie wollen noch einen Schritt weitergehen auf dem Weg zum KZ-Staat. Strauß hat in Chile schon unverhohlen zu verstehen gegeben, wie er sich das vorstellt. Und er stellte ganz offen die Verbindung her zwischen Santiago und Stammheim, zwischen dem Mord am Präsidenten Allende und dem Massaker vom 27. Oktober, als er erklärte: „Wenn Allende ermordet worden ist, sind Ensslin, Baader und Raspe ebenfalls ermordet worden. Der Wahrheitsgehalt ist der gleiche.“ Dem ist wahrhaftig nichts mehr hinzuzufügen.

Die Bourgeoisie nutzt mit zynischer Menschenverachtung die Blutnacht von Stammheim dazu aus, neue „Selbstmorde“ vorzubereiten. Der Tod von Ingrid Schubert war der Anfang. Dann lagen Rasierklingen in der Zelle von Klaus Croissant. Es darf keinen neuen „Selbstmord“ geben! Verteidigen wir das Leben der politischen Gefangenen! Weg mit Isolationshaft und Kontaktsperre!

Verfolgt wird, wer die Praktiken des Verfassungsschutzes aufdeckt

Es war vor neun Monaten, im Februar dieses Jahres, als durch eine Veröffentlichung im „Spiegel“ der Abhörfall Traube aufgedeckt worden war. Traube war zum Objekt des Verfassungsschutzes geworden, weil er sich durch frühere Bekanntschaft mit dem als „Terroristen“ gesuchten Klein verdächtig gemacht hatte. Publik wurde dieser Fall, der ja beileibe kein Einzelfall ist, weil es sich bei Traube nicht um einen Werktätigen, sondern um einen führenden Atomwissenschaftler handelte. Um einen Fall also, der sich „verkaufen“ ließ.

Für die Bundesregierung endete die Sache mit einer Niederlage. Die Empörung war groß, weitere Abhörfälle kamen zur Sprache, es hagelte Angriffe auf den Verfassungsschutz, man mußte sich bei Traube entschuldigen und ihm sogar eine Entschädigung versprechen. Die Rache dafür, daß der Verfassungsschutz mit seiner weitverzweigten und allen Demokratie-Beteuerungen Hohn sprechenden Spitzeltätigkeit derart ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gezerrt worden war, kam jetzt, neun Monate später.

Wegen der Aufdeckung der Affäre Traube wurde der frühere Verfassungsschutzagent und jetzige „Bunte“-Korrespondent Faust verhaftet. Nun ist Faust sicher kein Mann des Volkes, und man könnte meinen, daß dieser Fall die Werktätigen nicht direkt betrifft — wenn nicht die Begründung wäre. Verhaftet wurde Faust nämlich wegen „verfassungsfeindlicher Sabotage“ (§88), weil er durch „Störhandlungen ... Dienststellen, Anlagen, Einrichtungen oder Gegenstände, die ganz oder überwiegend der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung dienen, ganz oder zum Teil außer Tätigkeit gesetzt oder den bestimmungsgemäßen Zwecken entzogen“ und sich dadurch „absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ eingesetzt habe.

So ist das mit „unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung“: Nicht der wird verfolgt, der einen erwiesenermaßen Unschuldigen bespitzelt, sein Telefon abhört, seine Post abfängt usw. Verfolgt wird, wer diese Praktiken des Verfassungsschutzes aufdeckt und anprangert. Das Wesen dieser „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ ist eben das, daß die Freiheiten für die Werktätigen nur auf dem Papier stehen, während der Freiheit solcher Spitzelorgane im Dienst der Bourgeoisie wie dem Verfassungsschutz keinerlei Grenzen gesetzt sind.

Brief des Genossen Klaus Kercher

Wie bereits berichtet, wurde Genosse Klaus Kercher vor kurzem aus der Haft entlassen. Er war im Zusammenhang mit der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Genosse Klaus schreibt uns in einem Brief unter anderem:

„Zuerst möchte ich aber über Euch allen Genossen der Partei und der RHD, allen meinen Freunden und Bekannten, aber auch allen Unbekannten, die mir während meiner Haftzeit geschrieben haben, die meine Frau mit Briefen und Paketen (meist mit Babywäsche für unsere kleine Julia) unterstützt haben, recht herzlich danken. Ich erhielt im Knast etwas mehr als 400 Karten, Briefe und andere Postsendungen. Allen, die uns dadurch oder auch durch den Vertrieb der Dokumentation oder auf andere Weise geholfen haben, sende ich — auch im Namen meiner Frau — hiermit meine herzlichen Danksgrüße.“ Die Klassenjustiz hatte zunächst die vorzeitige Entlassung von Klaus nach zwei Dritteln seiner Haftzeit abgelehnt. Die RHD hatte gegen diese Entscheidung einen entschlossenen Kampf organisiert. Das Oberlandesgericht entschied dann, daß Klaus doch vorzeitig entlassen werden könne. Wir möchten unseren Lesern nicht vorenthalten, wie das OLG ebenso umständlich wie ausführlich begründet, warum der Kampf der RHD auf diese Entscheidung auch nicht den allergeringsten Einfluß hatte: „Der Senat entscheidet nach Gesetz und Recht in richterlicher Unabhängigkeit. Außerrechtliche Agitation (‚Flugblätter oder zumeist anonyme Zuschriften‘ werden vorher erwähnt — RM) kann nicht dazu führen, daß die mögliche Aussetzung der Vollstreckung des Strafrestes unterbleibt. (!) Sie könnte im umgekehrten Fall den Senat auch nicht veranlassen, von einer gebotenen Vollstreckung der ganzen Strafe abzusehen. Diese Vorgänge sind schlicht unerheblich.“

"Zëri i Popullit"

Die gerechte Sache der arabischen Völker ist unbezwingbar

In den letzten Tagen rückten die Probleme des Nahen Ostens in den Mittelpunkt des Interesses der gesamten Weltöffentlichkeit. Die Ursache dafür waren der Besuch, den der ägyptische Präsident Sadat in Jerusalem abstattete, und die Gespräche, die er mit dem israelischen Ministerpräsidenten Begin führte. Reden über den Frieden gibt es im Überfluß, aber von einer wirklichen und gerechten Lösung der Nahostfrage ist weit und breit nichts zu sehen. Israel, dieses bewaffnete Werkzeug der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen der USA-Imperialisten im Nahen Osten, hält weiterhin arabischen Boden besetzt, die Palästinenser sind noch immer ohne Heimat, die Supermächte schmieden weiterhin ihre Intrigen und mischen sich in die inneren Angelegenheiten der Völker dieses Raumes ein. (...)

Die arabischen Völker kennen ihre Feinde, sie wissen genau, wer sie sind. Sie wissen, daß die Aggressoren entlarvt, isoliert und bekämpft werden müssen. Sie wissen, daß Israel ein hemmungsloser und unersättlicher Aggressor ist gegen die arabischen Völker, gegen ihre Freiheit und Unabhängigkeit. Es hat mehrmals die arabischen Brudervölker in einen blutigen Krieg gestürzt, hat ihren Boden besetzt und bedroht sie ständig mit neuer Expansion. Israel verfolgt, tötet, mordet täglich ein uraltes und ruhmreiches Volk, das palästinensische Brudervolk, das die Zionisten, aufgehetzt und gestützt von den USA-Imperialisten, ohne Obdach und ohne Heimat gelassen haben. Im Widerspruch zu jedem historischen, internationalen Recht, zum Menschenrecht wurde es gewaltsam von seinen Wohnstätten verjagt, von der Heimaterde, wo es geboren wurde und jahrhundertelang lebte, wo es eine hohe Zivilisation entwickelte, von der die ganze Menschheit profitiert hat. Jetzt ist es verstreut und verelendet, lebt als Flüchtling, als Gast im Heim seiner arabischen Brüder.

Doch obwohl geschlagen und zersplittert, hat das palästinensische Volk seinen unverlöschlichen Kampfgeist und sein hohes nationales Bewußtsein bewahrt. Es hat nie die Waffen niedergelegt, sondern stets für seine Freiheit, sein Recht und seine Heimat gekämpft. Der heroische Befreiungskampf, den das palästinensische Volk geführt hat und führt, wird in der Geschichte stets ein großes Vorbild für jene kleinen Völker bleiben, die kein Feind, und sei er noch so groß, einzuschüchtern vermag, die, wenn es um die Verteidigung ihrer Freiheit und ihres Rechts geht, zu jedem Opfer entschlossen sind, dazu, jedes Leid auf sich zu nehmen und jede Schwierigkeit zu überwinden, wie langwierig und schwierig der Kampf auch sein mag.

Das albanische Volk, das sich dem Kampf des palästinensischen Volkes verbunden fühlt, hegt aufrichtige Liebe, große Achtung und Bewunderung für das tapfere und leidgeprüfte palästinensische Volk und hat unerschütterliche Zuversicht auf seinen endgültigen Sieg. Von verschiedenen Seiten aus werden zahlreiche Anstrengungen unternommen, um mit Israel eine Übereinkunft und einen Kompromiß zu erzielen, um über die Lebensinteressen der arabischen Völker, insbesondere über die Interessen des palästinensischen Volkes und des syrischen Volkes hinwegzugehen und sie mit Füßen zu treten. Das ist unverzeihlich und kann nicht akzeptiert werden, weder von den arabischen Völkern noch von ihren wahren Freunden, noch von all denjenigen, denen die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker teuer ist. Als enger und treuer Freund der arabischen Völker sieht unser Volk diese Bemühungen, eine Übereinkunft zu treffen, als eine Aktivität an, die gegen die Interessen der Araber gerichtet ist, es betrachtet sie als proimperialistisch, als Bemühungen, die noch mehr Wasser auf die Mühlen der israelischen Aggression leiten.

Die gesamte fortschrittliche und patriotische arabische öffentliche Meinung von den Palästinensern und den Syrern, von den Algeriern und den Irakern, den Libyern bis zu den Ägyptern sprach sich offen gegen eine Übereinkunft und einen Kompromiß mit Israel aus. Ebenso haben all diejenigen, die wirklich gegen den USA-Imperialismus und den sowjetischen Imperialismus kämpfen, all diejenigen, die gegen Reaktion und Unterdrückung sind, all diejenigen, die für die Freiheit der Völker sind und ihren Befreiungskampf unterstützen, die Übereinkunft mit Israel ohne zu zögern und eindeutig kritisiert und verurteilt und gegenüber jedem Kompromiß mit ihnen eine entschiedene Haltung eingenommen.

Doch es ist auffällig, daß im Gegensatz zu dieser breiten öffentlichen Meinung, zu dieser gesunden öffentlichen Meinung gegenwärtig die „Blockfreien" ihre Karten nicht auf den Tisch legen. Sie schweigen und lavieren mühsam, um aus der unangenehmen Lage herauszukommen, in die sie die geplante Übereinkunft mit Israel gebracht hat. Was ist aus all den Reden und Beteuerungen geworden, die Rechte der arabischen Völker und der Palästinenser verteidigen zu wollen? Was ist aus den Resolutionen und Entschließungen für eine gerechte Lösung des Nahostkonfliktes geworden? Was ist aus den Protesten geworden, die von der Tribüne der Konferenzen herab gegen die amerikanische Einmischung in diesem Raum gerichtet wurden?

Das Schweigen dieser Liebhaber des ungehemmten Redeflusses ist kein Zufall. Die Verlogenheit der Theorien oder der Bewegungen, die dazu bestimmt sind, die revolutionären und Befreiungskämpfe abzuwiegeln und die Völker zu betrügen, wird von den konkreten Ereignissen, von dem Geschehen, vom Verlauf des Klassenkampfes aufgedeckt. Diese Verlogenheit wird auch von den Imperialisten selbst aufgedeckt, die dann, wenn es um ihre Interessen geht, keine Rücksicht nehmen auf die Verlegenheit, in die sie ihre Freunde bringen. Was sagen die Theoretiker und Vorkämpfer der Bewegung der „Blockfreien" dazu, wenn die Bannerträger der Blockfreiheit offen zeigen, daß sie gar nicht blockfrei, sondern vom Imperialismus abhängig sind, daß sie dessen Spiel treiben, daß die Politik, die sie verfolgen, nur der Form nach unabhängig ist, tatsächlich jedoch von jemand anderem diktiert wird, und die Interessen wahrt, die den arabischen Völkern fremd sind.

Die Bewegung der „Blockfreien" kann vielleicht noch auf Konferenzen, auf Tagungen und in der Propaganda weiterleben. Im Nahen Osten ist sie schon längst gestorben, genauso wie in der Ogaden-Wüste, in Angola und in Zaire. Sie hat sich als unfähig erwiesen, die Tatsache zu vertuschen, daß viele Regierungen der Länder, die sich als blockfrei ausgeben, mit dieser oder jener kapitalistischen und imperialistischen Großmacht verbunden sind, daß sie in vielen Fällen das Spiel des Imperialismus betreiben und seine neokolonialistischen und expansionistischen Interessen verteidigen. Sie ist inzwischen nicht mehr in der Lage, durch hohle Sophismen die Einmischungen, die Intrigen und die Manöver der imperialistischen Supermächte in vielen blockfreien Ländern zu tarnen und zu rechtfertigen, die proimperialistischen und gegen die Befreiungskämpfe gerichteten Aktivitäten vieler Führer dieser Länder zu kaschieren und zu rechtfertigen.

Im Zusammenhang mit der Übereinkunft und dem Kompromiß mit Israel merkt man auch nichts von dem Wirken der sogenannten „dritten Welt". Wir sehen nichts davon, daß die Vorkämpfer der „Theorie der drei Welten", die lauthals tönen und durch Zitate zu beweisen suchen, sie unterstützten vorbehaltlos die Befreiungskämpfe und verteidigten die Interessen der Völker der Welt, die gerechte Sache der arabischen Völker verteidigen. Wir sehen nichts davon, daß sie für sie eintreten. Warum wohl? Sollen etwa die Interessen der Araber, ihr Boden, das Schicksal und das Leben der Palästinenser dem Bündnis mit der „zweiten Welt" und mit den Vereinigten Staaten von Amerika geopfert werden? Oder verlangen dies vielleicht die „hohen Interessen" der imperialistischen Supermächte, die die kleinen Völker und die einfachen Leute nicht begreifen können?

Man kann die bestimmt nicht angenehme Lage der Vorkämpfer der „Theorie der drei Welten" verstehen, denen die Übereinkunft und der Kompromiß mit Israel, das Schema völlig durcheinander bringt, das ihre „Welten" verbindet. Die Frage steht einfach so: Wem dient diese Übereinkunft, der „ersten Welt", der „zweiten" oder der „dritten"? Dient sie der Befreiung der Völker oder der nationalen Unterdrückung, dem antiimperialistischen Kampf oder dazu, ihn auszutreten? Das Schweigen zeigt, daß diese Übereinkunft in keine propagandistische Schablone gepreßt werden kann, daß in diesem Fall Schlagwörter und Theorien noch keine Tatsachen machen, deren Wesen verändern können. Kann man die Politik der USA-Imperialisten, die ihren aggressivsten Satelliten Israel stützt und verteidigt, als eine nicht aggressive Politik, als Politik des Rückzugs ansehen? Heutzutage wird der aggressive Krieg nach und nach vorbereitet, durch Teilkriege, dadurch, daß einzelne Aggressionen geschürt und lokale Kriege angefacht werden. (...)

Die PAA und das albanische Volk verurteilen entschieden alle imperialistischen Pläne. Unser Volk war und bleibt der gerechten Sache der arabischen Völker verbunden und wird immer an ihrer Seite stehen, in jeder Situation, in guten wie in schlechten Tagen, in Freud und Leid, bei Siegen und bei vorübergehenden Rückschlägen. Unser Volk ist ein kleines Volk, den Völkern aber, die für ihre Freiheit und ihr Recht kämpfen, wie es die arabischen Völker und die Völker Afrikas tun, ist es ein treuer und zuverlässiger Bruder.

Die Tatsachen und das tägliche internationale Leben zeigen klar, daß die allgemeine Politik, die die imperialistischen Supermächte verfolgen, in Übereinstimmung mit ihren egoistischen Interessen angelegt ist. Ihr liegt das Ziel danach zugrunde, möglichst schnell und erfolgreich die Herrschaft über die Völker und die Kontinente herzustellen. Jede der beiden Supermächte bemüht sich, den Ländern oder Ländergruppen ihre Politik aufzuzwingen, und zwar sowohl, wenn sie ihre Krallen tief in fremdes Fleisch geschlagen haben, als auch, wenn eine von ihnen das Terrain für ihre Expansion abzustecken beginnt. (...)

Die Politik der PAA galt und gilt stets der Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der Völker, der Verteidigung ihrer Interessen. Sie war und ist immer offen und prinzipienfest. „Unsere Partei", sagte Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA, „ist der Ansicht, daß man zu den Völkern offen über die Situationen sprechen muß, da man nur so zu ihrer wirklichen Vereinigung beiträgt, zur Vereinigung der wirklich antiimperialistischen und fortschrittlichen Staaten und Regierungen. Um sich im Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt gegen jede Ausbeutung und Unterdrückung, durch wen auch immer, zusammenzuschließen, müssen zunächst die Grenzen gezogen werden, muß klar gemacht werden, wer der Hauptfeind der Völker ist, wen sie bekämpfen und mit wem sie sich vereinigen müssen."*

Die Völker müssen sich vor den Intrigen der imperialistischen Supermächte hüten, die als Freunde, vorgeblich in guter Absicht daherkommen, in Wirklichkeit aber die Absicht haben zu herrschen, die Fundamente zu legen, ihre Hegemonie zu errichten. Das ist so in Angola, in Zaire und anderswo. Sie spielt sich seit langem auch im Nahen Osten mit dem Drama ab, das mit den Geschicken der arabischen Völker betrieben wird, wo die imperialistischen Supermächte alle Fäden in Bewegung setzen, einer an des anderen Stelle tritt, um die expansionistischen und ausbeuterischen Ambitionen zu befriedigen.

Die Geschichte der revolutionären und Befreiungskämpfe, die Praxis des täglichen internationalen Lebens lehren uns, daß man die Feinde zu einer Zeit, da sie Übereinkünfte zustandebringen, Kräfte gruppieren und sich in ihrem Kampf gegen die Völker organisieren, nicht in Ruhe gewähren lassen darf. Wir sind vollkommen zuversichtlich, daß all diejenigen, die von Imperialisten und Reaktion unterdrückt werden und unter ihnen leiden, all diejenigen, die die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Landes lieben, sich noch mehr mobilisieren werden, um die Pläne und Absichten der imperialistischen Supermächte, die Revolution zu erdrosseln und die Völker zu knechten, zu entlarven, daß sie ihren revolutionären Kampf auf ein höheres Niveau heben werden, um den Feinden die Stirn zu bieten und über sie zu triumphieren.

*) Bericht an den 7. Parteitag, S. 180

Aus aller Welt

SPANIEN

Drei Genossen freigekämpft

Hunderte von Werktätigen empfingen am 10. November auf dem Bahnhof von Atocha drei Genossen, die jahrelang in den Kerkern des Regimes gesessen hatten. Manuel Blanco Chivite, Vladimiro Fernandez-Tovar und Pablo Mayoral, Mitglieder der KP Spaniens/ML, waren freigekämpft. Über sie hatte das Franco-Regime im September 1975 die Todesstrafe verhängt. Angesichts der breiten Massenkämpfe war dieses Terrorurteil in eine 30jährige Gefängnisstrafe umgewandelt worden.

Aber der Kampf ging weiter. Die Forderung nach einer vollständigen und sofortigen Amnestie wurde zu einer der Hauptlosungen der Volksbewegung in Spanien. Diesem Kampf verdanken die drei Genossen ihre Freiheit. Auf einer Pressekonferenz anläßlich ihrer Befreiung betonten die Genossen ausdrücklich, daß die Amnestie nicht als Geschenk empfangen werden kann, daß sie erkämpft werden muß. Sie würdigten die großen Kämpfe, die in der Vergangenheit für die Befreiung der politischen Gefangenen geführt wurden, und betonten, daß diese Kämpfe viel Blut gekostet haben.

Und nach wie vor ist der Kampf für die Amnestie nicht beendet. Wie das Presse- und Informationsbüro der KPSp/ML mitteilte, sind allein in den letzten beiden Jahren über 150 Werktätige aus politischen Gründen verhaftet worden, darunter auch Genossen der Partei. Das zeigt, daß alle Parolen des Madrider Regimes über eine angebliche Amnestie nur demagogische Lügen sind, daß der revolutionäre Kampf verstärkt werden muß, um auch diese Gefangenen aus den spanischen Kerkern zu befreien.

MOSAMBIK

Wieder haben die rhodesischen Rassisten einen Terrorangriff gegen Mosambik unternommen. Während schwerbewaffnete Bodentruppen die Grenzen überschritten und bis zu 120 km weit vordrangen, flogen die Bomber der Rassisten Angriffe auf Dörfer und Flüchtlingslager. Über 1.200 Menschen fielen diesem Terror zum Opfer. Journalisten, die aus den Kampfgebieten zurückkehrten, berichteten von einem Gemetzel, vor allem unter Frauen und Kindern. Sie sahen eine UNO-Schule, deren Angehörige ermordet worden waren. In einem anderen Ort waren Kinder, die von den Rassistentruppen ermordet, in einem Massengrab beigesetzt.

In harten Kämpfen wurden die rhodesischen Aggressoren von den Streitkräften Mosambiks zum Rückzug gezwungen. Diese neuen Terrorangriffe machen deutlich, daß die rhodesischen Rassisten mit allen Mitteln der reaktionären Gewalt ihre Herrschaft über das Volk von Simbabwe aufrechterhalten wollen. Sie knechten dieses Volk nicht nur in Simbabwe selbst, sondern verfolgen auch noch diejenigen, die sie aus dem Land getrieben haben, die sich im benachbarten Mosambik als Flüchtlinge niedergelassen haben, mit blutigem Terror. Zugleich wollen sie mit ihren Aggressionen das Volk von Mosambik treffen, das stets den simbabwischen Brüdern jede Hilfe und Unterstützung für den Befreiungskampf gewährt hat.

Ist es nicht klar, daß es mit diesen Mördern keine andere Sprache als die des Gewehrs geben kann? Das haben die Patrioten Simbabwes auch jetzt wieder bekräftigt. Sie haben in aller Entschiedenheit das sogenannte Friedensangebot des Rassistenchefs Smith zurückgewiesen. Während seine Truppen Mord und Zerstörung über die Dörfer und Flüchtlingslager in Mosambik brachten, hatte Smith von „freien Wahlen" gesprochen, an denen auch die Simbabwer beteiligt sein sollten, denen ja bislang das Stimmrecht verweigert war. Aber natürlich hat die Sache einen Haken. Die „Freiheit" bei diesen Wahlen besteht für die Angehörigen des Volkes von Simbabwe erstens darin, daß sie jeden Kampf gegen die Rassisten einstellen sollen, und zweitens, daß sie ihre Stimme nur für Smith oder seine Lakaien abgeben dürfen. Jede Opposition gegen das Rassisten-Regime dagegen wird nach wie vor mit blutigem Terror unterdrückt.

So dient diese Wahlfarce ausschließlich dazu, einige schwarze Marionetten des Regimes in die Regierung zu hieven und dadurch den rassistischen und terroristischen Charakter des Smith-Regimes zu verschleiern. Diejenigen, die sich daran beteiligen, wie die Pfaffen Sithole und Muzorewa, sind von den Patrioten zu Recht als Verräter gebrandmarkt worden.

IRAN

Die Studentenbewegung im Iran erlebte in den letzten Wochen einen neuen Aufschwung. Tausende von Studenten gingen auf die Straße und führten Demonstrationen und Kundgebungen gegen das faschistische Schah-Regime und den US-Imperialismus durch. Dabei kam es immer wieder zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Die Bonner Lumpenpresse verfälscht bewußt den Charakter dieser Kämpfe. So wurde Ende letzten Monats etwa über angebliche Schlägereien zwischen Studenten und Arbeitern berichtet, um den Eindruck zu erwecken, daß die Kämpfe der Studenten von den Werktätigen isoliert wären. Tatsächlich aber handelte es sich bei den angeblichen Arbeitern um Banden des iranischen Geheimdienstes Savak, die mit Polizeiwaffen ausgerüstet waren. Sie überfielen am 21. November eine Protestkundgebung der Studenten und richteten ein Blutbad unter ihnen an. 47 Demonstranten wurden von diesen faschistischen Banden ermordet. So versucht das Schah-Regime die anschwellende Protestbewegung im Blut zu ersticken. Aber die Studenten kämpfen weiter gegen den Henker von Teheran. Sie stehen an der Seite der Arbeiter und der übrigen Werktätigen, die dieses Blutregime von Washingtons Gnaden erbittert bekämpfen.

TÜRKEI

Mit faschistischem Terror geht das Regime in Ankara gegen die revolutionäre Presse des Landes vor. So sind jetzt alle Ausgaben einer revolutionären Zeitung verboten worden. Gegen jede dieser Ausgaben wurden bis zu zehn Anklagen erhoben und bis zu 50 Jahre Haft gefordert. Dutzende Verkäufer der Zeitung und der Inhaber der Vertriebsgesellschaft, die ihre Verbreitung übernommen hatte, sind verhaftet worden. Am 12. Oktober wurde auch der verantwortliche Redakteur auf Befehl eines Militärgerichts verhaftet. Das ist schon die 23. Verhaftung dieses Genossen. Inzwischen ist er aufgrund der Proteste aus dem Militärgefängnis in eine andere Strafanstalt gebracht worden. Die türkischen Revolutionäre, die türkischen Werktätigen kämpfen für die Freilassung der politischen Gefangenen, für die Freiheit der revolutionären Presse. Dieser Kampf hat unsere vollständige Unterstützung.





Spanien Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m-l)

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Weihnachtsaufruf der Roten Hilfe Deutschlands

Solidarität mit den politischen Gefangenen!

Die Vorweihnachtszeit hat begonnen. Man überlegt, wie man Verwandten, Freunden und Bekannten eine Freude machen kann, auch denen, an die man vielleicht das Jahr über nicht so viel gedacht hat. Vergessen wir dabei die politisch Verfolgten nicht. Um sie, um vom Klassenfeind verfolgte fortschrittliche Menschen, Revolutionäre und Kommunisten geht es der Roten Hilfe Deutschlands in der Weihnachtszeit besonders. Deshalb ruft sie auf:

„Besonders in der Vorweihnachtszeit ruft die RHD auf: Denkt an alle die, die wegen ihrer revolutionären Gesinnung zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden und in Kürze mit der Vollstreckung der Haftstrafen rechnen müssen oder die schon ins Gefängnis gehen mußten. Zeigt ihnen, daß sie nicht alleine stehen, errichtet im Rücken der politischen Gefangenen und ihrer Familien eine starke Mauer der Solidarität...

Nr.10 Dezember 1977 Zeitung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS 40Pfennig

Rote Hilfe

Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nie vergessen, die SOLIDARITÄT



Weihnachtssolidarität mit den politischen Gefangenen!



Auch Du mußt helfen!

Werdet Mitglied in der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS

Spende für die politischen Gefangenen!

Informiere über das Ausmaß der politischen Unterdrückung!

Unterstütze die Solidaritätsaktionen der Roten Hilfe!

Schafft Rote Hilfe!



- Gebt Geld in die Sammelbüchsen der RHD oder spendet auf das Konto der RHD, damit die Familien der politischen Gefangenen unterstützt werden können und zur Gefängnisstrafe nicht noch ein hoher Schuldenberg hinzukommt;
- Stellt Gegenstände zum Verkauf auf den Basaren zur Verfügung;
- Schreibt den politischen Gefangenen;
- Werdet Mitglied der RHD;
- Werbt Mitglieder für die RHD;
- Stärkt die Solidaritätsfront!"

Wir rufen alle Leser des „Roten Morgen" auf: Unterstützt die Weihnachtssolidarität der Roten Hilfe Deutschlands!

Dostojewskis "Dämonen" im Fernsehen

Bezeichnende Parallelen

Genau zum richtigen Zeitpunkt war die Fernsehbearbeitung von Dostojewskis Roman „Die Dämonen" fertig geworden,, um der „Terroristenhetze" nach dem Hinscheiden des Kapitalistenbosses Schleyer eine bestimmte Richtung zu geben. Damit auch der letzte Zuschauer nicht auf den abwegigen Gedanken kam, daß hier ca. sieben Fernsehstunden für „reine Kunst" geopfert wurden, machte die Ansage vor jeder Folge ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Handlung in vielem an die Geschehnisse der letzten Wochen und Monate erinnerte. Von „bedrückenden Parallelen" usw. war die Rede, und es lag auf der Hand, was man dem Zuschauer einreden wollte: daß Dostojewskis „Dämonen" aus dem gleichen Holz geschnitzt seien wie die deutschen Revolutionäre und Kommunisten.

In Dostojewskis Roman wird angeblich eine russische Geheimgesellschaft in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts dargestellt, der einige Haupt„helden" des Stückes wie Pjotr Werchevenskij, Nikolaj Stawrogin, Kirillow und Schatow angehören. Doch was soll an dieser Bande verrückter, kranker und niedriger Menschen revolutionär sein?

Nehmen wir z. B. Nikolaj Stawrogin, dessen wirre Ideen angeblich die Grundlage der Geheimgesellschaft sind. Hier handelt es sich doch ganz offensichtlich um einen kranken Menschen, der die gemeinsten und menschenunwürdigsten Verbrechen begangen hat, der ein Kind vergewaltigt und anschließend dessen Selbstmord mit perversem Genuß betrachtet, der in einem Duell seinen eigenen Tod sucht und schließlich seinem Leben selbst ein Ende setzt. Oder nehmen wir den irren Kirillow, der durch seinen Selbstmord seine Größe und Übermenschlichkeit beweisen will. (Das „erinnert" doch wirklich an die Vier von Stammheim, die mit ihrem „Selbstmord" der Bundesrepublik zum letzten Mal eins auswischen wollten, nicht wahr, lieber Zuschauer!)

Oder nehmen wir den Intriganten und Verbrecher Pjotr Werchevenskij, der kaltblütig einen Mord an einem angeblichen Verräter (Schatow) plant und durchführt, der einen entflohenen Zuchthäusler dingt, um seine schmutzigen Ziele durchzuführen, der nicht einmal vor der Terrorisierung der Bevölkerung durch Brandstiftung zurückschreckt. Werchenskijs Ziele entspringen nicht etwa der Kritik an der damaligen russischen gesellschaftlichen Zuständen, an der brutalen und blutigen Unterdrückung des russischen Volkes durch den Zarismus, sondern einem Fieberwahn. Man höre sich nur Werchevenskijs „Revolutionsprogramm" an: „Wir werden die Zerstörung proklamieren... Wir werden Feuer legen... Es wird eine solche Umwälzung geben, wie die Welt sie noch nie zuvor gesehen hat... Nieder mit der Kultur! Der Durst nach Kultur ist ein aristokratischer Durst... Wir werden Trunkenheit, Verleumdung, Bespitzelung einsetzen; wir werden jedes Genie in der Wiege erwürgen. Wir werden alle auf einen gemeinsamen Nenner reduzieren. Völlige Gleichheit, nur das Notwendigste ist notwendig; das ist das Motto der ganzen Welt von nun an." — Kommentar überflüssig.

Nehmen wir all die anderen kleinen und nichtigen Mitglieder der sogenannten Geheimgesellschaft, den trunksüchtigen Hauptmann Lebjedkin, den Irren Kirillow, den über den Despotismus als Idealgesellschaft faselnden Schigalow und all die anderen. Das reine Irrenhaus. Eine Versammlung kranker, irrer, eitler und verbrecherischer Menschen. Dieser Abschaum der Menschheit mag mit allem möglichen zu tun haben — nur nicht mit der Revolution.

Dostojewskis Werk ist bei den russischen Revolutionären immer auf Ablehnung gestoßen, was nebenbei bemerkt ein bezeichnendes Licht auf die modernen Revisionisten wirft, bei denen Dostojewski zu einem „antikapitalistischen" Schriftsteller hochstilisiert wird. Für Dostojewski, der, in seiner Jugend zufällig in die revolutionäre Bewegung geraten und deswegen verbannt, durch die Abfassung reaktionärer Schriften beim Zarismus um Verzeihung bettelte, der aufs innigste mit dem Zaren Alexander III. und anderen zaristischen Größen korrespondierte, gab es keine soziale Frage, keine brutale Unterdrückung und Knechtung des russischen Volkes durch den Zarismus. Für ihn gab es nur seelischen Verfall und Unglauben. Darin sah er den Grund für bestehende Mißstände. Jeder Versuch der Rebellion gegen die bestehende Ordnung mußte nach seiner Meinung noch weiter in den Sumpf der Unmoral und des Verfalls führen. Deshalb galt sein größter Haß den Revolutionären, die den Zarismus stürzen und den Sozialismus aufbauen wollten.

Als im Jahre 1912, als die Arbeiterbewegung einen neuen Aufschwung in Rußland nahm, aus durchsichtigen Gründen Dostojewskis „Dämonen" in Moskau als Schauspiel aufgeführt werden sollte, da protestierte die fortschrittliche Öffentlichkeit unter der Führung des revolutionären Schriftstellers Maxim Gorki entschieden gegen diese allzu offensichtliche Provokation.

Heute, wo das deutsche Fernsehen dem Beispiel des Zarismus folgt, gab es zwar solche öffentlichen Proteste nicht. Aber die meisten Werktätigen dürften gegen diesen Versuch, mit Dostojewski „Dämonen" klassenkämpferische und revolutionäre Menschen zu Irren abzustempeln und zu verleumden, auf ihre Art reagiert haben — durch den Druck auf die Ausschalttaste.

Stuttgart

Demonstration gegen faschistischen Überfall

Am Sonnabend in der Stuttgarter Innenstadt: Ungefähr 1.000 Werktätige, die meisten von ihnen türkische Kollegen, versammeln sich zu einer antifaschistischen Protestdemonstration. Ein riesiges Polizeiaufgebot ist angerückt, Reiterstaffeln ziehen auf. Für jeden Demonstranten steht ein Polizist bereit. Die U-Bahnaufgänge und Nebenstraßen werden kontrolliert, besonders haben sie es auf die türkischen Kollegen abgesehen. Jeder, der einen Schnurrbart trägt, muß seine Personalien angeben.

Worum ging es bei dieser Demonstration? Genau eine Woche vorher waren unter den Augen der Stuttgarter Polizei Kollegen des Türkischen Arbeitervereins von einer 200 Mann starken Bande der „Grauen Wölfe", der berüchtigten türkischen Faschisten, überfallen worden. Die Banditen waren mit Schlagringen, Messern und Ketten bewaffnet. Fünf schwer Verletzte, darunter einer lebensgefährlich — das war das Ergebnis ihres Terrorüberfalls. Und die Polizei hat nicht nur zugesehen dabei, sie ging auch auf Hinweise der Faschisten gegen die Arbeiter vor, zerrte einige von ihnen vor den Haftrichter und führte Hausdurchsuchungen bei den Kollegen durch. Einer der türkischen Arbeiter sitzt noch immer in Haft. Obwohl er bei dem Überfall nachweislich nicht dabei war, haben sie ihn nach Stammheim geschleppt und zimmern an einer Anklage wegen versuchtem Totschlag.

Bei der Demonstration am Sonnabend setzte die Stuttgarter Polizei ihren unverhüllten Terror gegen die Antifaschisten fort. Sie beschlagnahmte ein Transparent der Partei mit der Aufschrift „Schluß mit der Unterstützung faschistischer Banden und Geheimdienste durch die Bundesregierung". Aber alle Provokationen der Polizei konnten nicht verhindern, daß die Demonstration zu einem Ausdruck der kämpferischen Verbundenheit zwischen den deutschen und türkischen Arbeitern wurde. Ein Genosse der Partei betonte in einer Ansprache an die Demonstration: „Den türkischen Kollegen, wie allen ausländischen Arbeitern in unserem Land reichen wir die Hand zum gemeinsamen Kampf gegen die imperialistischen und faschistischen Peiniger in ihren Heimatländern und zum Kampf gegen ihre und unsere Ausbeuter und Unterdrücker: die westdeutschen Imperialisten und ihren reaktionären Staat."

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4 30 07 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31.Tel., 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo, Di,Do, Fr. 16.00-18.30, Mi 17-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heer str. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 6 47 96. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 Essen (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 62 42 99. Öffnungszeiten: Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.